

ifo Konjunkturprognose 2003: Nur zögerliche Belebung

H.-W. Sinn, W. Nierhaus, W. Meister, O.-E. Kuntze, J.-E. Sturm¹

Die deutsche Wirtschaft hat sich nach der Rezession des Jahres 2001 stabilisiert. Zu einem Aufschwung ist es aber nicht gekommen. Der konjunkturelle Anstiegswinkel blieb das ganze Jahr 2002 hindurch außergewöhnlich flach; im vierten Quartal hat die gesamtwirtschaftliche Produktion saisonbereinigt nur mit einer Jahresrate von 0,7 % zugenommen. Im Jahresvergleich dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt lediglich um 0,2% gestiegen sein. Ein geringeres Wachstumstempo ist seit den neunziger Jahren mit Ausnahme des Rezessionsjahres 1993 nicht zu verzeichnen gewesen.

Nach den Dezember-Ergebnissen des ifo Konjunkturtests hat sich das Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge eingetrübt. Es ist zu konstatieren, dass die neue Bundesregierung durch die Ankündigung, Steuern und Sozialabgaben in großem Umfang zu erhöhen, das Wirtschaftsklima in Deutschland weiter verschlechtert hat. Die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion dürfte im ersten Quartal 2003 nahezu zum Stillstand kommen. Maßgeblich hierfür ist der fiskalisch bedingte Kaufkraftentzug, der aufgrund der steuerpolitischen Beschlüsse der Regierung zu erwarten ist. Erst im weiteren Jahresverlauf ist nach und nach mit einer Belebung zu rechnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird das Niveau des Vorjahres nur um 1,1 % übertreffen. Die Arbeitslosenzahl dürfte in diesem Jahr mit 4,06 Mill. um rund 200 000 höher sein als im vergangenen Jahr. Im Jahr 2003 wird sie, trotz des Rückgangs im späteren Jahresverlauf, jahresdurchschnittlich auf 4,22 Mill. steigen. Die Arbeitslosenquote wird sich, bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen, auf ca. 9,9 % belaufen. Das Verbraucherpreisniveau wird annähernd stabil bleiben, die Inflationsrate dürfte im Jahr 2003 erneut 1,3 % betragen.

Der staatliche Finanzierungssaldo wird im Jahr 2003 von 75 Mrd. Euro (3,6 % des Bruttoinlandsprodukts) auf 60 Mrd. Euro (2,8 % des Bruttoinlandsprodukts) zurückgehen. Der Sicherheitsabstand zur 3-Prozent-Marke beträgt nur reichlich 4 Mrd. Euro. Es besteht die Gefahr, dass diese Grenze erneut überschritten wird, wenn der angestrebte Abbau von Steuervergünstigungen und die geplanten Einsparungen im Gesundheitswesen nicht realisiert werden können, ganz zu schweigen von möglichen Mindereinnah-

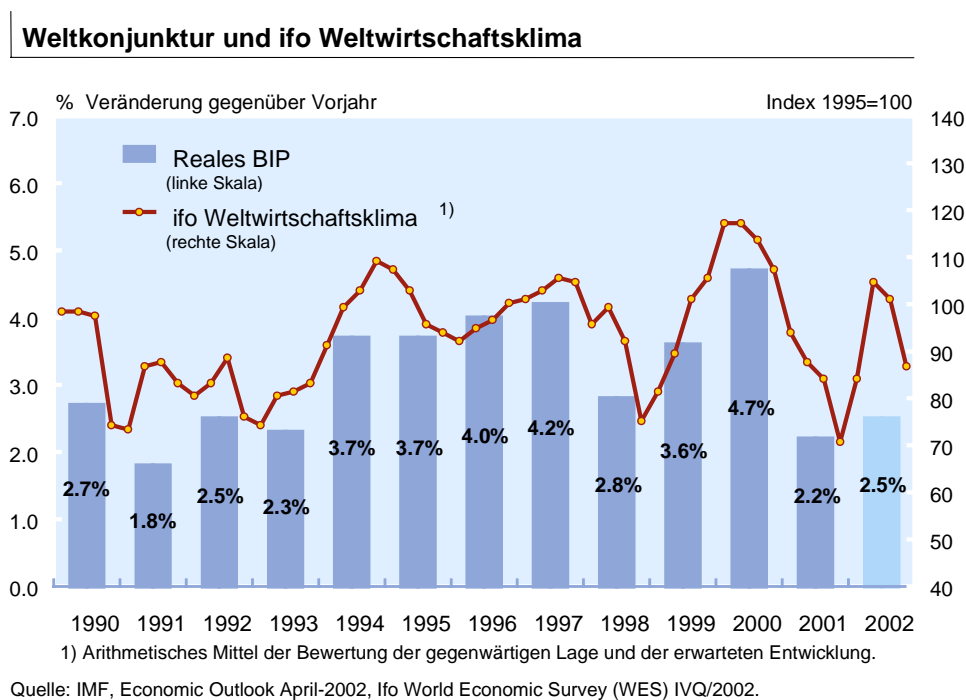
¹ Unter Mitarbeit von E. Langmantel, M. Ruschinski. Die Verfasser danken auch Hans Russ und Frank Westermann für nützliche Hinweise im Zusammenhang mit den Ausführungen zu einer möglichen Kreditklemme.

men und Mehrausgaben, falls die Konjunktur sich schwächer entwickelt als hier prognostiziert.

Aktuelle Lage: Aufschwung ist ausgeblieben

Die Weltwirtschaft ist im Sommer 2002 in eine erneute Schwächephase geraten, nachdem die Produktion nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 im Sog der kräftigen Erholung in den USA bereits wieder in Schwung gekommen war. Das ifo Weltwirtschaftsklima (WES) ist inzwischen nahezu wieder auf dem tiefen Stand vom Herbst 2001, nachdem es sich in der ersten Jahreshälfte deutlich verbessert hatte (vgl. Abb.1). Maßgeblich für die abermals unerwartet ungünstige Entwicklung waren die durch den schwelenden Irak-Konflikt ausgelösten Unsicherheiten, der damit verbundene erneute Höhenflug der Rohölpreise und die bis in den Herbst hinein zu verzeichnenden starken Kursrückgänge an den Finanzmärkten, die über negative Vermögenseffekte und erschwerte Finanzierungsbedingungen weltweit dämpfend wirkten.

Abb. 1



In den USA ist es zwar nicht zu dem von vielen befürchteten rezessiven Rückschlag („Double-Dip“) gekommen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion stieg im dritten Quartal 2002 sogar mit einer Jahresrate von 4 %, u.a. weil die Geldpolitik der Fed weiterhin auf Expansionskurs steht. Dennoch kann die US-Konjunktur noch nicht als gefestigt gelten. So dürfte das Wachstumstempo im vierten Quartal – den vorliegenden Frühindikatoren zufolge – wieder deutlich geringer gewesen sein. Die japanische Wirtschaft steckt bei anhaltend sinkendem Preisniveau in einer tiefen Strukturkrise. Die bis-

her vorliegenden amtlichen Wachstumszahlen für das Sommerhalbjahr überzeichnen die konjunkturelle Grundtendenz bei weitem. In den Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion (EWU) hat sich die Konjunktur – nach rezessiver Tendenz zum Jahresende 2001 – wieder etwas erholt; das Anstiegstempo der Produktion war aber im Jahresdurchschnitt mit 0,8% deutlich geringer als die Trendwachstumsrate, so dass sich der Output Gap entsprechend vergrößerte. Insgesamt dürfte die Weltproduktion im Jahr 2002 um 2,5% zugenommen haben, nach 2,2 % im Jahr zuvor.

Die deutsche Wirtschaft hat sich nach der Rezession des Jahres 2001 stabilisiert. Zu einem Aufschwung ist es aber auch hier nicht gekommen. Der konjunkturelle Anstiegswinkel blieb das ganze Jahr hindurch außergewöhnlich flach; im vierten Quartal dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion saisonbereinigt nur mit einer Jahresrate von 0,7 % gestiegen sein. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung sank damit bis zuletzt. Im Vergleich der Jahre 2002 und 2001 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt unter Berücksichtigung des niedrigen Ausgangsniveaus lediglich um 0,2 % zugenommen haben. Im ersten Halbjahr lag der Wert des realen Bruttoinlandsprodukts sogar um 0,4% unter dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Ein geringeres Wachstumstempo ist in den 90er Jahren mit Ausnahme des Rezessionsjahrs 1993 nicht zu verzeichnen gewesen.

Maßgeblich für die unbefriedigende Wirtschaftsleistung war die schwache Binnennachfrage; diese sank im Jahresdurchschnitt um 1,3 %. Der Investitionsmotor fiel vollständig aus; allein die Ausrüstungsinvestitionen sanken im Vorjahresvergleich um 7,5 %. Auch die Talfahrt der Bauinvestitionen hielt weiter an; sie schrumpften im Jahresergebnis mit 5,7 % kaum weniger stark als im vergangenen Jahr. Unbefriedigend war auch die Konsumnachfrage der privaten Haushalte, sie fiel um 0,5 %. Sinkende Realeinkommen infolge rückläufiger Beschäftigung ließen keinen Spielraum für eine Ausweitung des Konsums; auch ist die Sparquote weiter leicht gestiegen. Die Exporttätigkeit blieb dagegen lebhaft; der Zuwachs dürfte sich im Jahresergebnis 2002 auf 2,5 % belaufen haben. Da die Einfuhr parallel zur rückläufigen Binnennachfrage sank, steuerte der Außenbeitrag per saldo positiv zum Wirtschaftswachstum bei.

Am Arbeitsmarkt ist aufgrund der flauen Konjunktur die erwartete Wende ebenfalls ausgeblieben. Die Zahl der Beschäftigten sank im Jahresverlauf saisonbereinigt um 360 000. Die Zahl der Arbeitslosen stieg zugleich um 250 000. Die Arbeitslosenquote (bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen) betrug im November 9,8 %. Sie ist allerdings noch um einen Prozentpunkt niedriger als im Herbst 1997, dem letztmaligen Höhepunkt der Arbeitslosigkeit.

Moderat blieb die Entwicklung der Verbraucherpreise. Trotz erneut äußerst volatiler Rohölpreise blieb das Preisklima insgesamt ruhig. Im Jahresdurchschnitt 2002 hat sich die Lebenshaltung nur um 1,3 % verteuert. Inflationsgefahren bestehen für Deutschland nicht. Die Gefahren liegen ganz wo anders.

Ausblick 2003

Weltwirtschaft: Wieder etwas stärkere Impulse

Nach wie vor ist die Prognose der nationalen und internationalen Konjunktur mit erheblichen Risiken belastet. Besonders unsicher sind zur Zeit die geopolitische Situation im Mittleren Osten, die damit verbundene weitere Entwicklung des Rohölpreises und die Perspektiven für die internationalen Aktienmärkte. Hier wird von folgenden Annahmen ausgegangen:

- Der Irak-Konflikt wird zwar bis weit in das kommende Jahr hinein schwelen, es kommt aber nicht zu größeren militärischen Auseinandersetzungen.
- Der Rohölpreis wird im Jahresdurchschnitt 2003 rund 25 US-Dollar pro Barrel betragen; er liegt damit in der Mitte der von den OPEC-Ländern mittelfristig angestrebten Preisspanne. Die Volatilität des Ölpreises wird aber immer noch hoch sein; insbesondere in den ersten Monaten des Jahres 2003 ist mit zeitweise erhöhten Preisen zu rechnen..
- Die Notierungen auf den Aktienmärkten haben nunmehr ihren Boden gefunden. Die mit den vorhergehenden starken Kursrückgängen verbundenen Vertrauenseinbußen, Vermögensverluste und erschwerten Finanzierungsbedingungen werden aber noch geraume Zeit dämpfend nachwirken.

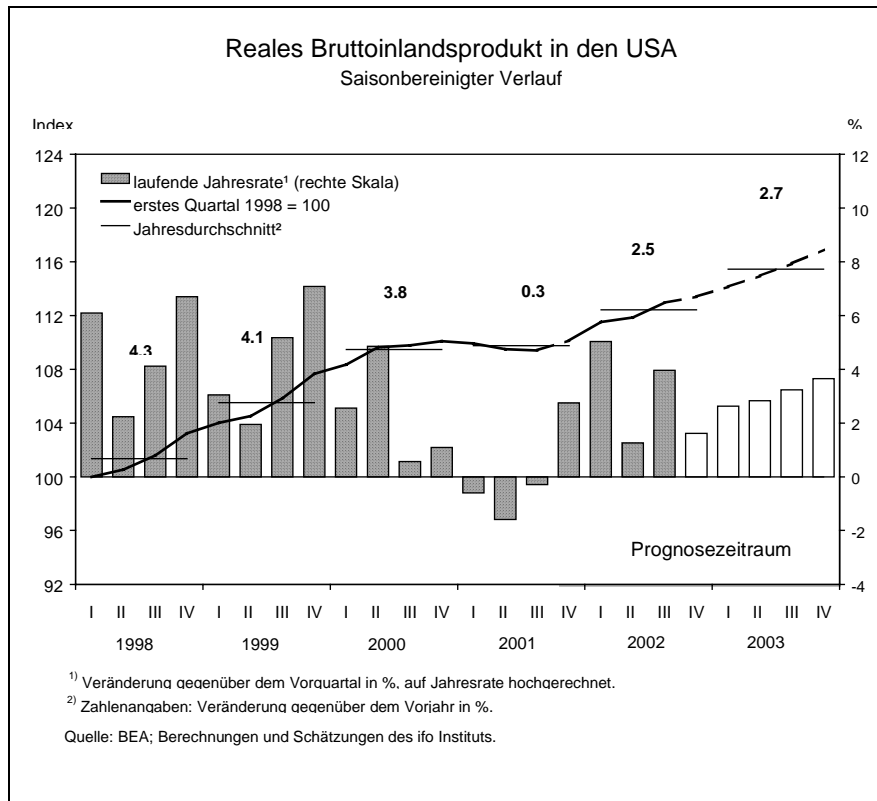
Bei diesen Rahmenbedingungen wird sich das weltwirtschaftliche Umfeld im Verlauf des nächsten Jahres allmählich bessern. Dreh- und Angelpunkt ist nach wie vor die Entwicklung der US-Wirtschaft.

USA: Durchwachsene Konjunkturaussichten

Die konjunkturelle Entwicklung in den USA hat nicht den im Frühsommer verbreiteten Befürchtungen eines „Double-Dip“ entsprochen. Es kam vielmehr zu dem im Frühjahr erwarteten kräftigen Aufschwung; den Klimaindikatoren zufolge könnte dieser jedoch im vierten Quartal allerdings wieder an Dynamik verloren haben. Im Jahr 2002 nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2 ½ % zu. Die stimulierenden Wirkungen der schon seit längerem sehr expansiven Geld- und Finanzpolitik erwiesen sich als stärker als die Irritationen ob der eskalierenden Spannungen mit dem Irak, der empfindlichen Kursverluste an den Aktienmärkten sowie des infolge von Bilanzierungsskandalen allgemein stark gesunkenen Vertrauens in das Management von Unternehmen und in die Finanzmarktakteure. Wie bereits 2001 war der private Konsum die wichtigste Stütze der Konjunktur, obwohl die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt nicht besser wurden – die Arbeitslosenquote erhöhte sich im Jahresdurchschnitt auf 5 ¾ % – und die Verschuldung der privaten Haushalte weiter erheblich stieg. Fiskalische Entlastungen, Null-Zinsen bei Pkw-Finanzierungen, steigende Immobilienpreise, aber auch die fortgesetzt sinkenden langfristigen Zinsen (sie ermöglichten Um- und Neuverschuldungen auch bei Hypotheken mit dem Effekt wesentlich günstigerer Konditionen) haben angeregt. Die Ausgabenfreude der Konsumenten fand auch ihr Pendant im Wohnungsbau, der kräftig expandierte. Demgegenüber sind die gewerblichen Bauinvestitionen weiter deutlich gesunken. Die Ausrüstungsinvestitionen tendierten seit Jahresbeginn langsam aufwärts, begünstigt durch steigende Kapazitätsauslastung. Die Verbraucherpreise stiegen im Verlauf schneller als 2001, doch war der Anstieg mit reichlich 1 ½ % mäßig. Das Defizit der Leistungsbilanz stieg bei expandierender Ausfuhr und gesunkenem Import kräftig auf eine Größenordnung von 500 Mrd. Dollar (ca. 5% des BIP).

Die Wirtschaftspolitik wird der Konjunktur 2003 spürbar geringere Impulse geben als 2002. Zwar sind die monetären Rahmenbedingungen weiter sehr günstig. Kurz- und langfristige Zinsen bleiben bis weit ins Jahr 2003 hinein niedrig. Die amerikanische Zentralbank dürfte den Leitzins allerdings im kommenden Herbst anheben, um wieder Spielraum zu gewinnen und Inflationsgefahren vorzubeugen. Terrorismusängste, das weiter steigende Leistungsbilanzdefizit der USA, die zudem nicht mehr als „sicherer Hafen“ für Kapital gelten, sowie anhaltend niedrige Zinsen werden wohl zu einer weiteren, wenn auch weniger als 2002 ausgeprägten Abwertung des Dollar gegenüber dem Euro und anderen Währungen führen. Die Finanzpolitik gibt im Jahr 2003 kaum noch Anstöße. Das Defizit des Bundes steigt nicht mehr so schnell, und viele Gliedstaaten und Gemeinden kämpfen mit finanziellen Problemen, was Ausgabenkürzungen sowie Steuer- und Abgabenerhöhungen impliziert.

Abb. 2



Im Jahre 2003 dürfte sich die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in tendenziell wenig verändertem Tempo fortsetzen. Das reale Bruttoinlandsprodukt nimmt vermutlich um etwa 2 ½ % zu (vgl. Abb.2). Dabei wird allerdings unterstellt, dass sich die bis zuletzt aufgeblähte Entwicklung sowohl beim privaten Verbrauch, als auch beim Wohnungsbau allmählich normalisiert. Der private Konsum dürfte allmählich verlangsamt expandieren, obwohl die Zinsen niedrig bleiben, die Löhne in wenig verändertem Rhythmus erhöht werden und sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt langsam bessert. Denn die während der vorangegangenen Jahre rasch und auf einen nunmehr hohen Stand gestiegene Verschuldung der privaten Haushalte stößt immer häufiger an ihre Grenze. Auch wurden häufig Pkw-Käufe wegen der Null-Zins-Finanzierung vorgezogen, die nun wegfallen, selbst wenn diese Art der Absatzförderung zunächst noch durchgehalten werden sollte. Der abflauende Wohnbauboom, auf den auch die Entwicklung der Wohnungspreise hindeutet, dämpft zudem die Absatzzunahme bei Einrichtungsgegenständen. Demgegenüber setzt sich die Erholung der Ausrüstungsinvestitionen fort, stimuliert durch steigende Kapazitätsauslastung, allmählich günstigere Absatz- und Ertragsaussichten, anhaltend niedrige Zinsen sowie den wachsenden Erneuerungsbedarf von IT-Installationen. Die Ausfuhr wird, angeregt durch die Erholung der Auslandsnachfrage sowie durch die niedrigere Bewertung des Dollar, kräftig expandieren. Da indes der

Import ähnlich lebhaft ausgeweitet wird, nimmt das Defizit der Leistungsbilanz weiter zu. Der Preisanstieg setzt sich in moderatem Tempo fort; die Konsumentenpreise dürften um etwa 2 % über dem Niveau von 2002 liegen. 2004 könnte das Wirtschaftswachstum eine Größenordnung von 3 % erreichen.

Risiken für die USA-Prognose

Die US-Zentralbank hat mit der letzten Zinssenkung vom November 2002 – auf 1,25 % – ihr Pulver weitestgehend verschossen; hierin liegt ein beträchtliches Gefährdungspotential, falls es doch zu einem größeren bewaffneten Konflikt im Irak kommen, und dieser einen konjunkturellen Rückschlag zur Folge haben sollte. Auch besteht die Gefahr, dass die internationalen Finanzmärkte bei fortbestehendem Doppeldefizit in Leistungsbilanz und Staatshaushalt das Vertrauen in den US-Dollar verlieren und den Kapitalbedarf der USA nicht mehr ausreichend decken, ein Problem, dass angesichts der nach wie vor viel zu niedrigen Ersparnis der privaten Haushalte im Zeitablauf an Bedeutung gewinnen könnte. Die Folge wäre erneut ein Einbruch auf den Aktienmärkten und womöglich zusätzlich eine Abwertung des Dollar. Das würde erhebliche negative Auswirkungen nicht nur auf die amerikanische, sondern auf die weltwirtschaftliche Entwicklung haben. Rückwirkungen auf die Konjunktur würden sich jedoch erst gegen Ende 2004 ergeben.

Japan: Konjunktur weiter im Bann der Strukturprobleme

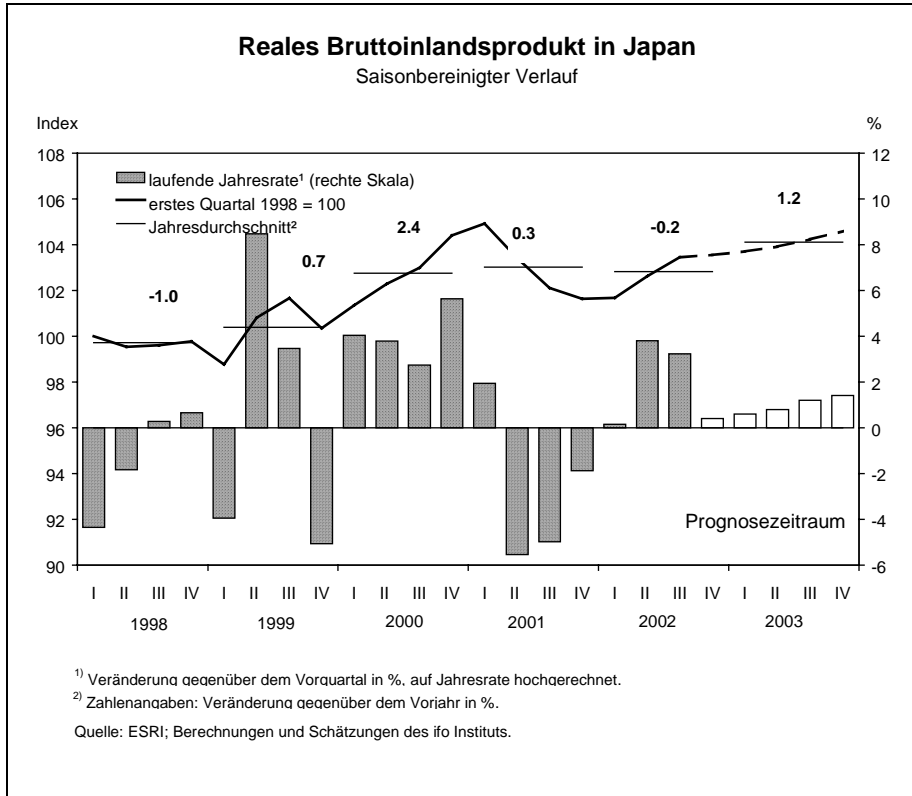
In Japan folgte auf die ausgeprägte Rezession des vergangenen Jahres Anfang 2002 eine von starken Tempoänderungen gekennzeichnete Erholung. Diese verlor allerdings im Laufe des zweiten Halbjahrs schon wieder an Schwung. Wesentlich getragen wurde die Entwicklung von der kräftig expandierenden Ausfuhr – angeregt vor allem durch die lebhaftere Nachfrage aus den asiatischen Schwellenländern (einschließlich China) sowie vom zunächst niedrigen Wechselkurs des Yen. Die Inlandsnachfrage blieb indes flau, u.a. weil die Geldpolitik wegen der schon nahe bei Null liegenden Zinsen keine Möglichkeit mehr hat, die Konjunktur anzukurbeln. Die weitere Ausdehnung des Staatsverbrauchs konnte daran kaum etwas ändern. Der private Konsum tendierte trotz sinkender Reallöhne und abnehmender Beschäftigung verhalten aufwärts. Die Bruttoanlageinvestitionen gingen hingegen auf ganzer Breite weiter zurück, wenn auch nicht mehr so stark wie im Jahr zuvor. Die Ertragslage der Unternehmen blieb gedrückt und das Bestreben, die Bilanzen zu konsolidieren, stark ausgeprägt. Das gilt vor allem für den von großen ungelösten Problemen belasteten Finanzsektor, der nach wie vor einen Berg fauler Kredite vor sich herschiebt und entsprechend zurückhaltend bei der Kreditvergabe im Inland ist, während er die im Vergleich zu Japan hohen ausländischen Zinsen lebhaft nutzt. Auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte sich die Lage weiter. Die mit rund

5 ½ % im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr nur wenig erhöhte Arbeitslosenquote unterzeichnet die Arbeitslosigkeit. Die Deflation setzte sich mit einer Jahresrate von etwa 1 % fort und führte zu einem weiteren Anstieg der Realzinsen, von denen negative Auswirkungen auf die Investitionsgüternachfrage ausgingen. Mit fast 3 ½ % des BIP war der Überschuss der Leistungsbilanz fast doppelt so hoch wie im Vorjahr.

Von der Wirtschaftspolitik kommen im Jahr 2003 kaum noch Anregungen für die Konjunktur. Der Finanzpolitik bleibt bei auf ungefähr 150 % des Bruttoinlandsprodukts kletternder Staatsverschuldung und zunehmenden Schwierigkeiten bei der Platzierung von öffentlichen Schuldtiteln kein Handlungsspielraum mehr. Sie dürfte vielmehr um ansatzweise Konsolidierung, also leicht restriktive Ausrichtung bemüht sein. Die Geldpolitik will ihre expansive Linie beibehalten. Da der Diskontsatz jedoch bereits im Sommer 2001 auf fast Null gesenkt wurde, bedient sich die Zentralbank zweifelhafter Methoden zur Liquiditätssteigerung (Übernahme von Staatstiteln, Erwerb von Aktien aus dem Besitz von Finanzinstituten etc.). Es ist nicht zu erwarten, dass die japanische Zentralbank durch Interventionen auf dem Devisenmarkt den Wechselkurs des Yen längerfristig auf ein niedrigeres Niveau zu drücken versucht. Würde sie einen solchen Kurs steuern, dann wäre dies zwar günstig für die Konjunktur in Japan, aber ungünstig für das Wirtschaftswachstum im Rest der Welt.

In Japan dürfte sich die Konjunktur 2003 bei nach wie vor starken Schwankungen im Verlauf tendenziell weiter langsam erholen. Dabei gewinnt die Ausfuhr als treibende Kraft noch mehr an Bedeutung. Sie wird kräftig von der nach dem Frühjahr anziehenden Weltkonjunktur im allgemeinen und von der sehr lebhaften Nachfrage aus den asiatischen Schwellenländern angeregt; es hat sich immer wieder gezeigt, dass für die Exportkonjunktur Japans die Entwicklung des Welthandels entscheidend ist. Die Inlandsnachfrage dürfte hingegen kaum steigen. Zwar dürfte sich der Investitionsrückgang bei langsam verbesserten Absatz- und Ertragserwartungen sowie zunehmender Kapazitätsauslastung abschwächen. Aber der Verbrauch expandiert verhaltener, da er von der Wirtschaftspolitik per saldo keine Anstöße mehr erhält, sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nochmals verschlechtert, die Löhne im Verlauf etwa stagnieren, und die Sparquote eher steigen als fallen dürfte. Die Deflation geht zunächst weiter. Die Verbraucherpreise liegen vermutlich neuerlich um rund 1 % unter dem Niveau von 2002. Das reale Bruttoinlandsprodukt erhöht sich 2003 um ca. 1 ¼ %, nachdem es 2002 ungefähr dem Volumen von 2001 entsprochen hatte (vgl. Abb. 3).

Abb. 3



Schwellenländer: Günstigere Konjunkturperspektiven

In den ostasiatischen Schwellenländern sowie in Lateinamerika wird die Konjunktur im Jahr 2003 an Schwung gewinnen, wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß sowohl von Region zu Region, als auch innerhalb der Regionen.

In den ostasiatischen Schwellenländern (ohne China) hat die Wirtschaft nach einer ausgeprägten Schwächephase ab Anfang 2002 kräftig expandiert. Entscheidend war die stark anziehende Nachfrage seitens der Haupthandelspartner Japan und USA, aber auch der private Konsum erhöhte sich lebhaft, stimuliert von der Geld- und Finanzpolitik. Die Bruttoanlageinvestitionen erholten sich hingegen nur schwach. Denn die Unternehmen trieben die Konsolidierung ihrer Bilanzen voran, die Kapazitäten waren nicht genügend ausgelastet, und es mangelte an aussichtsreichen Projekten. Zudem engagierte sich ausländisches Kapital ganz überwiegend in China, und die Terrorismusgefahr wirkte retardierend. Infolge des verhaltenen Wirtschaftswachstums in den Industrieländern wird die konjunkturelle Dynamik im Winterhalbjahr 2002/2003 etwas geringer. Nach dem Ende der weltpolitischen Irritationen steigt der Export beschleunigt. Die hiervon und von der nach wie vor expansiven Wirtschaftspolitik ausgehenden Impulse stimulieren auch die Binnennachfrage. Das gilt in erster Linie für den privaten Konsum. Auch die Bruttoanlageinvestitionen erhöhen sich nun weniger verhalten. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in den ostasiatischen Schwellenländern um etwa 4 ½ % ausgeweitet werden, nach knapp 4 % im Jahre 2002. 2004 könnte die Wirtschaft in einer Größenordnung von 5 % wachsen.

In Lateinamerika setzte sich die Rezession im ersten Halbjahr 2002 fort, vielfach begleitet von kräftigen Währungsabwertungen, schnell steigenden Preisen, erhöhten Zinsen, umfänglichen Kapitalabflüssen und wachsender politischer Unsicherheit. Das galt vor allem für Argentinien, aber auch Brasilien hatte mit vielfältigen Problemen zu kämpfen, und Venezuela, Kolumbien sowie die kleineren Länder steckten in teils hausgemachten Schwierigkeiten, teils wurden sie erheblich von den Entwicklungen in den großen Nachbarländern tangiert. In Mexiko wurde die konjunkturelle Flaute hingegen im Schlepptau der Konjunkturerholung in den USA überwunden.

Während der letzten Monate mehrten sich die Indizien für eine allmähliche Stabilisierung in Lateinamerika. Hierzu trugen umfängliche IMF-Kredite an Brasilien und Uruguay bei. Damit hellt sich die Perspektive für 2003 (das gilt sogar für Argentinien) etwas auf, wenn auch die Unsicherheit erheblich bleibt. Für Mexiko ist auf Grund der extremen wirtschaftlichen Ausrichtung auf die USA ohnehin eine günstige Entwicklung

zu erwarten. Die Unsicherheit resultiert wesentlich aus den meist labilen politischen Verhältnissen, die eine Rückkehr des Vertrauens der Investoren und damit von Auslandskapital erst allmählich erwarten lassen. Das Wiederanspringen der Weltkonjunktur ab dem Frühjahr 2003, die steigenden Rohstoffpreise sowie die infolge der Währungsabwertungen wesentlich verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit stimulieren die Ausfuhr kräftig, mit Effekten auch für die Binnenwirtschaft. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte, nach einem Rückgang um ca. 1 % im Jahr zuvor, 2003 um fast 2% expandieren. Im Jahr 2004 kann mit einer bei $2\frac{3}{4}$ % liegenden Rate gerechnet werden.

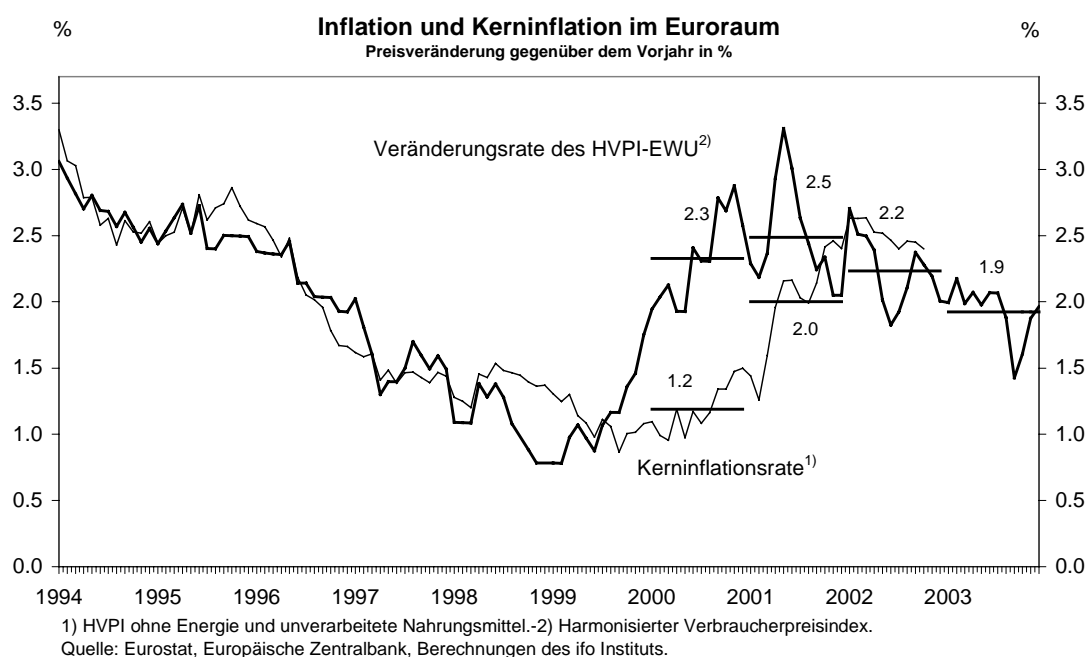
Euroraum: Konjunktureller Kriechgang wird langsam überwunden

Im Euroraum verläuft die Wirtschaftsentwicklung nach wie vor schleppend. Die im Frühjahr 2002 gehegten Erwartungen eines Aufschwungs erfüllten sich nicht. Das reale Bruttoinlandsprodukt expandierte nur um $\frac{3}{4}$ %, wesentlich stimuliert vom Export. Nach der Erholung zu Jahresbeginn war im laufenden Jahr nur noch ein konjunktureller Kriechgang zu beobachten. Von Quartal zu Quartal erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 0,3 bis 0,4 %. Dabei war die Erzeugung im letzten Vierteljahr vor allem in der Bauwirtschaft von der milden Witterung extrem begünstigt. Von der Wirtschaftspolitik kamen insgesamt kaum Impulse. Die Finanzpolitik wirkte etwa neutral, obwohl das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand von 1,5 % (2001) auf $2\frac{1}{2}$ % des BIP stieg. Die Ausweitung resultierte allein aus dem Wirken der automatischen Stabilisatoren, denn der strukturelle – also konjunkturbereinigte – Fehlbetrag blieb annähernd konstant. Obwohl die Geldpolitik deutlich langsamer als in den USA gelockert worden war, hat sie die für viele Länder stimulierenden Effekte der Zinskonvergenz, die der Euro-Einführung vorausgegangen waren, nicht behindert. Retardierende Effekte gingen von der Wechselkursentwicklung aus. Der Euro gewann gegenüber dem US-Dollar im Verlauf des Jahres um etwa 13 % an Wert (im Jahresdurchschnitt notierte der Euro um reichlich 5 % höher); gegenüber den mittel- und osteuropäischen Währungen hat er allerdings an Wert verloren. Die Trendumkehr bei der Bargeldnachfrage im Euroraum, die mit der physischen Währungsumstellung einherging, dürfte den Kursanstieg des Euro maßgeblich verursacht haben.¹ Die Lohnpolitik reagierte auf die unerwartet hohen Preissteigerungen von 2001 und Anfang 2002, zog aber die schleppende Konjunktur-entwicklung nicht ausreichend ins Kalkül. Das hatte beschleunigt steigende Lohnstückkosten, aber mit $1\frac{3}{4}$ % Wachstum auch spürbar höhere Reallöhne als 2001 zur Folge.

¹ Zum Einfluss der Geldnachfrage auf den Kurs des Euro siehe Sinn, Westermann 2002.

Hierdurch wurde zwar die private Konsumgüternachfrage gestützt, doch wurde zugleich die Nachfrage nach Investitionsgütern geschwächt, was per saldo negative Auswirkungen auf die Nachfrage hatte. Bei den Bruttoanlageinvestitionen setzte sich der Rückgang bis zur Jahresmitte fort, vor allem bestimmt durch die anhaltende Rezession im Bau-sektor. Die Arbeitslosenquote stieg dem gemäß auf $8\frac{1}{4}\%$ nach $8,0\%$ im Jahr 2001. Die Ausfuhr ging Anfang des Jahres nicht weiter zurück und expandierte anschließend stark beschleunigt. Da der Import langsamer stieg und die Terms of Trade günstiger wurden, nahm der Leistungsbilanzüberschuss deutlich zu. Der zu Beginn des Jahres kräftige Preisanstieg flachte sich anschließend deutlich ab. Die Konsumentenpreise (HVPI) lagen zuletzt um $2,2\%$, die Kerninflationsrate um $2,4\%$ über dem Niveau von 2001 (vgl. Abb. 4).

Abb. 4



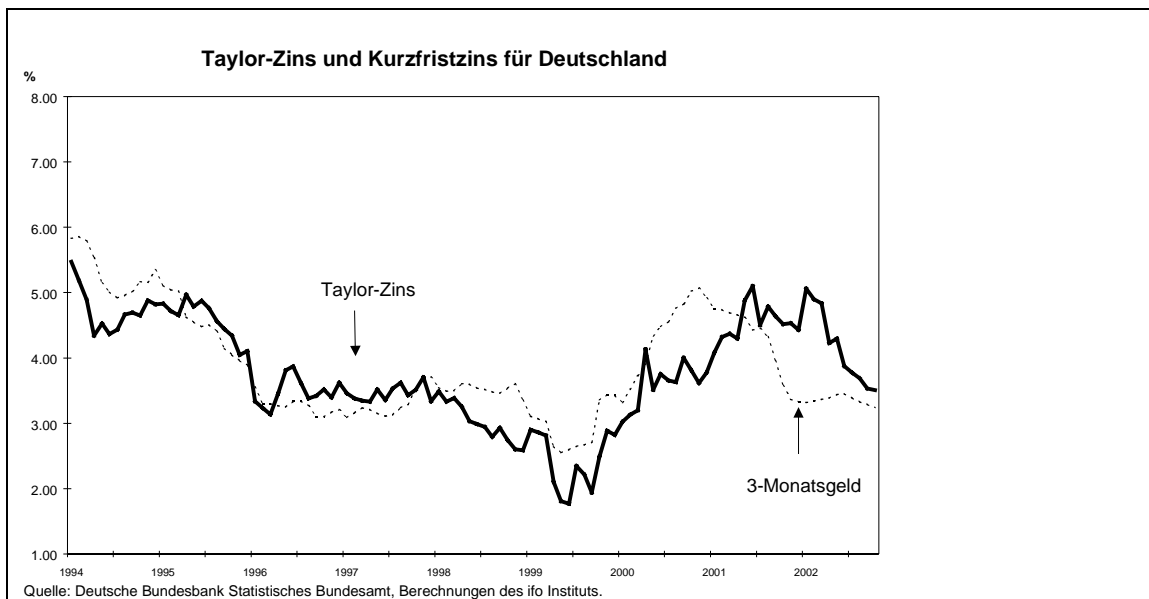
Die Wirtschaftspolitik wird auch 2003 ungefähr neutral wirken. So bleibt die Geldpolitik verhalten expansiv. Die Zinsen sind niedrig, Liquidität ist im Euro-Raum reichlich vorhanden, zumal auch für das laufende Jahr für die Ausweitung der Geldmenge M3 ein Referenzwert von $4,5\%$ gilt (der vermutlich wieder überschritten wird). Die Zinssenkung der Europäischen Zentralbank (EZB) vom Dezember 2002 von $3,25\%$ auf $2,75\%$ wird ihre volle Wirkung bis zum Herbst 2003 entfalten. Allerdings besteht insofern eine Unsicherheit über die Wirkungen, als sich zumindest die deutschen Banken bemühen, die Zinssenkung zur Ausweitung ihrer Margen zu nutzen. Die Wechselkursentwicklung

wird weniger retardierend wirken als 2002, denn es ist nicht damit zu rechnen, dass der Euro noch einmal so viel an Wert hinzu gewinnen wird, wie es im Jahr 2002 der Fall war. Für eine tendenzielle Schwächung des Euro spricht, dass die Konjunktur in den USA eher als in Europa anziehen dürfte. Dem stehen das Twin Deficit beim Staatshaushalt und im Außenhandel der USA sowie der Vertrauensverlust in die dortigen Bilanzierungs- und Kontrollpraktiken von Unternehmen entgegen; außerdem gilt das Land als terrorismusgefährdeter als Europa. Die europäische Finanzpolitik wirkt restriktiv, da in wichtigen Ländern Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen werden. Die Lohnpolitik reagiert zunehmend auf die konjunkturelle Schwäche mit verhalteneren Steigerungen der Arbeitseinkommen.

Ist die Geldpolitik der EZB für Deutschland angemessen?

Zur Beurteilung der Geldpolitik wird vielfach der sogenannte Taylorzins herangezogen. Der Taylorzins verkörpert eine aus früheren Beobachtungen gewonnene Verhaltensregel von Zentralbanken, die nicht nur auf Zielabweichungen bei der Inflation (tatsächliche Preissteigerungsrate abzüglich Zielinflationsrate der Notenbank), sondern auch auf die Konjunktur (Abweichung des realen Bruttoinlandsprodukts von seinem Trendwert) reagieren (Deutsche Bundesbank 1999 und Nierhaus 2001). Ist der tatsächliche Kurzfristzins höher als der Taylorzins, dann ist die Geldpolitik restriktiver, als man es früher mit Blick auf Inflationsziel und Konjunkturentwicklung für notwendig erachtete. Liegt dagegen der tatsächliche Zinssatz unter dem Taylor-Zins, so ist die Geldpolitik entsprechend expansiver. Ein Anstieg der Inflationsrate erhöht den Taylorzins; eine Konjunkturabschwächung senkt ihn. Im folgenden wird zunächst ein Taylor-Zins für Deutschland abgeleitet, danach die aktuelle EZB-Politik aus deutscher Perspektive evaluiert.

Die Gleichung für den Taylor-Zins i^T lautet allgemein: $i^T = i_N^{GL} + 0.5 \times PL + 0.5 \times ID$. Die Konjunkturtendenz wird durch die *Produktionslücke* (PL) indiziert, die Abweichung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von seinem langfristigen Wachstumstrend definiert ist. Die Inflationstendenz wird durch die Abweichung der aktuellen Preissteigerung π von der von der Europäischen Zentralbank angestrebten Preisnorm gemessen (*Inflationsdifferenz* ID). Produktionslücke und Inflationsdifferenz gehen in die Taylor-Formel symmetrisch mit dem Gewicht $\frac{1}{2}$ ein.

**Abb. 5**

Sind die Produktionslücke und die Inflationsdifferenz Null, so entspricht der Taylor-Zins dem nominalen Gleichgewichtszins i_N^{GL} . Dieser ergibt sich aus dem realen Gleichgewichtszins zuzüglich der erwarteten Preissteigerungsrate. Der reale Gleichgewichtszins – gemessen am realen Zinssatz für Dreimonatsgeld – wird auf 2,7 % geschätzt. Dies entspricht dem Mittelwert des realen Dreimonatsgelds in Deutschland im Zeitraum 1994 bis 2001. Die mittelfristig angestrebte Preisnorm der Europäischen Zentralbank wird mit 1 ¾ % angenommen; die EZB selbst gibt als offizielles Preisziel einen Wert von „unter 2 %“ an. Die erwartete Preissteigerungsrate wird der tatsächlichen Preissteigerungsrate gleichgesetzt. Diese wird an der Kerninflationsrate (Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ohne Energieträger, Saisonwaren und Güter mit administrierten Preisen) gemessen. Damit gilt für die hier für Deutschland verwendete Taylor-Zinsformel: $i_T = 2,7 + \pi + 0,5 \times PL + 0,5 \times (\pi - 1,75)$.

Die Abbildung 5 zeigt, dass die Geldpolitik der EZB ab dem Frühjahr 2001 für Deutschland zunächst *expansiver* war, als es der Taylor-Regel entsprach. Die EZB steuerte einen Kurs, der die importierten Preissteigerungen im Gefolge des Höhenflugs der Rohölpreise und – kumulativ – der Euro-Schwäche für transitorisch hielt und der die Gefahr von „Zweitrundeneffekten“ etwa über deutlich höhere Tariflohnsteigerungen für nicht allzu groß erachtete. Es wird allerdings auch sichtbar, dass nach der Taylor-Regel die Geldpolitik der EZB im Verlauf diese Jahres als zunehmend restriktiv zu bezeichnen war.

Dabei ist auch zu beachten, dass die Produktionslücke am aktuellen Rand aufgrund des nur mehr langsamen Trendwachstums sehr gering ist, was den Taylor-Zins für Deutschland nach oben verzerrt. Eine chronische Wachstumsschwäche, die über mehrere Jahre anhält, würde die rechnerische Produktionslücke möglicherweise zum Verschwinden bringen und den Eindruck erwecken, die Notenbankpolitik sei expansiv, obwohl sie in Wahrheit restriktiv ist. Dieses Phänomen ist für Deutschland sicherlich von

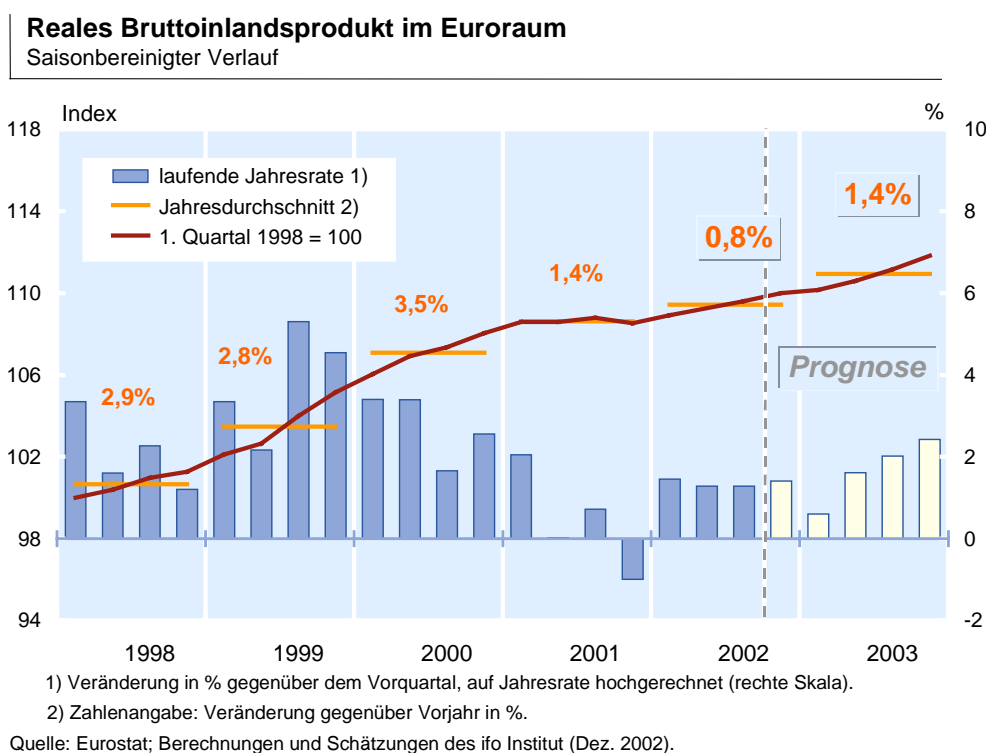
Bedeutung. Zu dem stark verlangsamten Trendwachstum in Deutschland hat – neben ausstehenden Arbeitsmarkt- und Sozialreformen – auch beigetragen, dass im Gefolge der Zinskonvergenz seit 1995 andere EWU-Mitgliedstaaten Kapital attrahieren konnten, was dort zu Lasten Deutschlands das Wirtschaftswachstum beförderte. Aus deutschem Blickwinkel ist deshalb die am 5. Dezember 2002 beschlossene EZB-Leitzinssenkung nicht nur gut zu erklären, sondern mit Nachdruck zu begrüßen.

Das Jahr 2003 dürfte mit nur geringfügig expandierender Nachfrage und Produktion beginnen. Hierauf lassen auch die Klimaindikatoren schließen. Die wegen der milden Witterung auf den Herbst 2002 vorgezogene Bauproduktion fällt jetzt weg, und in Deutschland wirken massive Steuer- und Abgabenerhöhungen retardierend. Zudem dämpfen die weltpolitischen Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Irak-Krise. Anschließend erholt sich die Konjunktur wieder und gewinnt zunehmend an Schwung. Das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum dürfte um etwa 1 ½ % zunehmen (vgl. Abb. 6). Wesentliche Impulse kommen, nur noch wenig gebremst durch Aufwertungseffekte, vom Export im Zuge der konjunkturellen Erholung in Mittel- und Osteuropa, den USA und den asiatischen Schwellenländern. Da der Import verhaltener zunimmt und die Terms of Trade erneut günstiger werden, steigt das Aktivum der Leistungsbilanz nochmals. Der private Konsum expandiert bei gegenüber 2002 wenig verändertem Reallohnanstieg und nicht wesentlich sinkender Sparquote erst im weiteren Verlauf wieder schneller, wenn sich die konjunkturelle Perspektive aufhellt. In den meisten Ländern wird die Nachfrage zudem durch mehr oder minder große Einkommensteuersenkungen gestützt.

Die Bruttoanlageinvestitionen beleben sich im späteren Verlauf des Jahres, auch weil die Bauinvestitionen ihren Tiefpunkt erreichen dürften. Der Neubau von Wohnungen und gewerblich-industriellen Bauten geht zwar weiter zurück. Aber bei den öffentlichen Investitionen zeichnet sich eine leichte Erholung ab, und in Renovierung, Umbau sowie in die Instandhaltung wird mehr investiert. Die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie entsprach zuletzt mit 81,5 % etwa dem Durchschnitt der neunziger Jahre, ist also angesichts des konjunkturellen Kriechgangs immer noch befriedigend. Anziehende Nachfrage sowie verbesserte Absatz- und Ertragserwartungen dürften allmählich wieder zu Erweiterungsinvestitionen führen. Zudem dürften die Rationalisierungsinvestitionen forciert ausgeweitet werden, um den mit der Aufwertung des Euro verbundenen Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit möglichst zu kompensieren. Auch in den Ersatz veralteter Anlagen wird wieder mehr investiert da die zweijährige Rezession bei den Ausrüstungsinvestitionen vielfach Nachholbedarf entstehen ließ. Vor allem bei IT-Technologie ziehen die Investitionen nach dem ausgeprägten Einbruch

spürbar an. Zur Verbesserung des Investitionsklimas tragen die nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen bei, obwohl die Finanzinstitute höhere Anforderungen an die Bonität der Kreditnehmer stellen. Auch die sich bereits abzeichnende sukzessive Überwindung der Ertragsschwäche stützt die Investitionskonjunktur. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials wird im zweiten Quartal den Tiefpunkt erreichen. Danach nimmt die Auslastung der Kapazitäten spürbar zu.

Abb. 6



Die Lage auf dem Arbeitsmarkt – Nachläufer der Konjunktur – bessert sich erst gegen Ende des Jahres. Die Beschäftigung sinkt bis weit nach 2003 hinein, und die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf reichlich $8\frac{3}{4}\%$ steigen. Nach einer ölpreisbedingten Inflationsbeschleunigung zu Jahresanfang erhöhen sich die Konsumentenpreise im Zuge wieder sinkender Ölpreise moderat. Sie dürften das Niveau von 2002 um 1,9 % übersteigen.

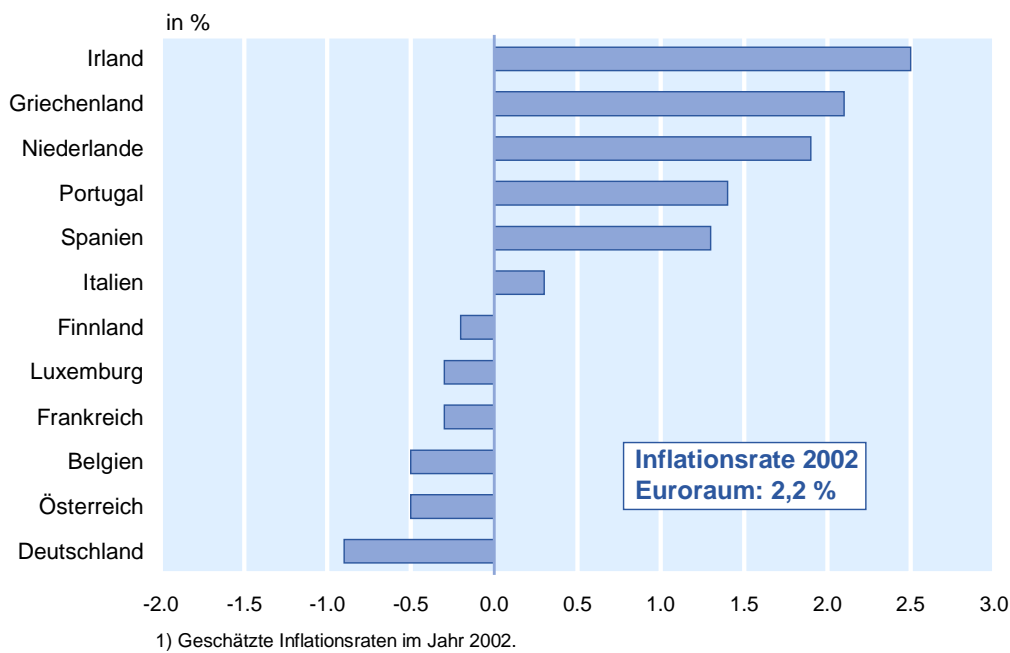
Zum Inflationsziel der EZB

Eine Inflationsgefahr besteht im Euroraum derzeit nicht; in Deutschland ist das Preisniveau sogar nahezu stabil. Wie das ifo Institut bereits vor zwei Jahren ausgeführt hat (Sinn, Reutter 2000), liegt die Inflationsrate Deutschlands aus strukturellen Gründen (Balassa-Samuelson-Effekt) mittelfristig eher am unteren Ende des Spektrums der In-

flationsraten der Euro-Länder (vgl. Abb. 7), das im Durchschnitt der ersten drei Jahren der Währungsunion immerhin eine Spannweite von 2,9 Prozentpunkten aufwies. Offenbar führt eine Notenbankpolitik, die sich an der durchschnittlichen Inflationsrate im Euroraum ausrichtet, tendenziell zu einem Druck auf das Preisniveau in Deutschland. Eine gewisse, mäßige Inflationsrate ist nützlich für den Strukturwandel, für das Wirtschaftswachstum und für die Fähigkeit der Geldpolitik, die Konjunktur bei Bedarf durch Zinssenkungen ankurbeln zu können. Das zentrale geldpolitische Ziel der Europäischen Zentralbank, die durchschnittliche Inflationsrate im Euroraum unter 2% zu halten, wird den spezifischen Belangen Deutschlands insofern nicht ganz gerecht. So könnte die EZB aus deutscher Sicht eine höhere Obergrenze anstreben, die etwa bei 2,5 % liegen könnte. Außerdem sollte sie die Verteilung der Inflationsraten im Euroraum in den Blick nehmen.

Abb. 7

Abweichung der Inflationsrate der Euroraum-Länder vom Durchschnitt¹⁾



Quelle: Eurostat, Berechnungen des ifo Instituts.

Mitteleuropa vor Wachstumsbeschleunigung

In den Transformationsstaaten Mitteleuropas und des Baltikums expandierte die Wirtschaft bis weit in das Jahr 2002 hinein. Etwa ab Spätsommer ließ der Schwung jedoch nach infolge der unsicheren weltwirtschaftlichen Aussichten im allgemeinen und der schwachen Konjunktur in Westeuropa im besonderen. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im gewichteten Durchschnitt um etwa $2\frac{1}{4}$ % gestiegen sein. Das Wachstumstempo, aber auch die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik variierten teilweise beträchtlich von Land zu Land. Während die Finanzpolitik insgesamt spürbar stimulierend wirkte, bremste die Geldpolitik etwas. Am kräftigsten nahm der private Verbrauch zu, angeregt durch kräftige Realloohnerhöhungen und verschiedentlich auch Steuererleichterungen. Die Investitionen und der Export stagnierten oder sanken sogar. Die Leistungsbilanzen der größeren Länder wiesen erhöhte Defizite aus. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt blieb insgesamt unverändert schlecht. Doch verlangsamte sich der Preisanstieg erheblich, auch weil die Importpreise infolge der Dollar-Abwertung stabilisierend wirkten.

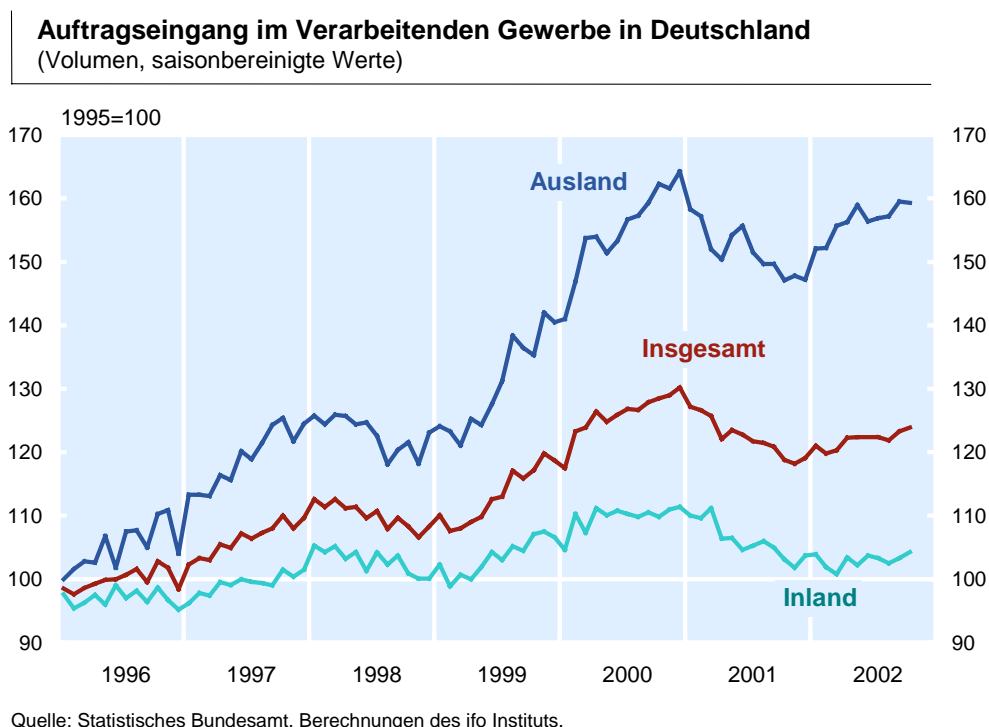
Die im laufenden Jahr deutlich erhöhten und teilweise bedenklichen Fehlbeträge in den Staatshaushalten und/oder Leistungsbilanzen lassen 2003 eine weniger expansive und verschiedentlich leicht restriktive finanzpolitische Linie erwarten. Die Geldpolitik – von Land zu Land unterschiedlich – wird teils anregend, teils dämpfend wirken und bemüht sein, die durch den starken Zustrom ausländischen Kapitals mittlerweile meist erheblich überhöhten Wechselkurse zu senken.

Nachfrage und Produktion werden 2003 allmählich wieder an Tempo gewinnen, nachdem die Konjunktur im Winterhalbjahr 2002/2003 im Zuge der weltwirtschaftlichen Verlangsamung etwas an Dynamik verliert und die weltpolitische Unsicherheit retardierend wirkt. Dann zieht die Auslandsnachfrage stärker an, und mit den verbesserten Absatz- und Ertrags Erwartungen nehmen im weiteren Verlauf auch die Bruttoanlageinvestitionen deutlich zu, für die meisten Länder auch stimuliert vom bevorstehenden EU-Beitritt, der die ausländischen Direktinvestitionen beschleunigt steigen lässt. Der private Verbrauch dürfte hingegen etwas langsamer, wenn auch immer noch deutlich, steigen, da von der Finanzpolitik weniger Anregungen ausgehen und sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt (Nachläufer der Konjunktur und belastet durch den fortgesetzten strukturellen Umbruch) noch nicht nennenswert verbessert. Die Preise werden allmählich wieder etwas schneller steigen, teils konjunkturell, teils durch die nicht mehr stabilisierend wirkenden Importpreise bedingt. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahre 2003 um rund $2\frac{3}{4}$ % expandieren.

Deutschland: Abgabenerhöhungen beeinträchtigen Wirtschaftsklima

In Deutschland gibt es zur Zeit unterschiedliche Konjunktursignale. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind von der Grundtendenz bisher leicht aufwärtsgerichtet (vgl. Abb. 8). Nennenswerte Impulse kamen für die deutsche Wirtschaft im ersten Halbjahr aus dem Ausland; insbesondere die Hersteller von Vorleistungs- und Investitionsgütern profitierten von der anziehenden Auslandsnachfrage. Die Nachfrage aus dem Inland blieb dagegen insgesamt flau, erst zuletzt haben hier die Bestellungen etwas angezogen. Die Industrieproduktion stieg bis zum dritten Vierteljahr leicht an; im Oktober gab es – ersten vorläufigen Berechnungen zufolge – allerdings einen Rückschlag (vgl. Abb. 9). Insbesondere bei den Herstellern von Vorleistungs- und Konsumgütern (und hier vor allem in der Automobilindustrie) war die Fertigung rückläufig, während die Investitionsgüterproduzenten noch vergleichsweise glimpflich davon kamen.

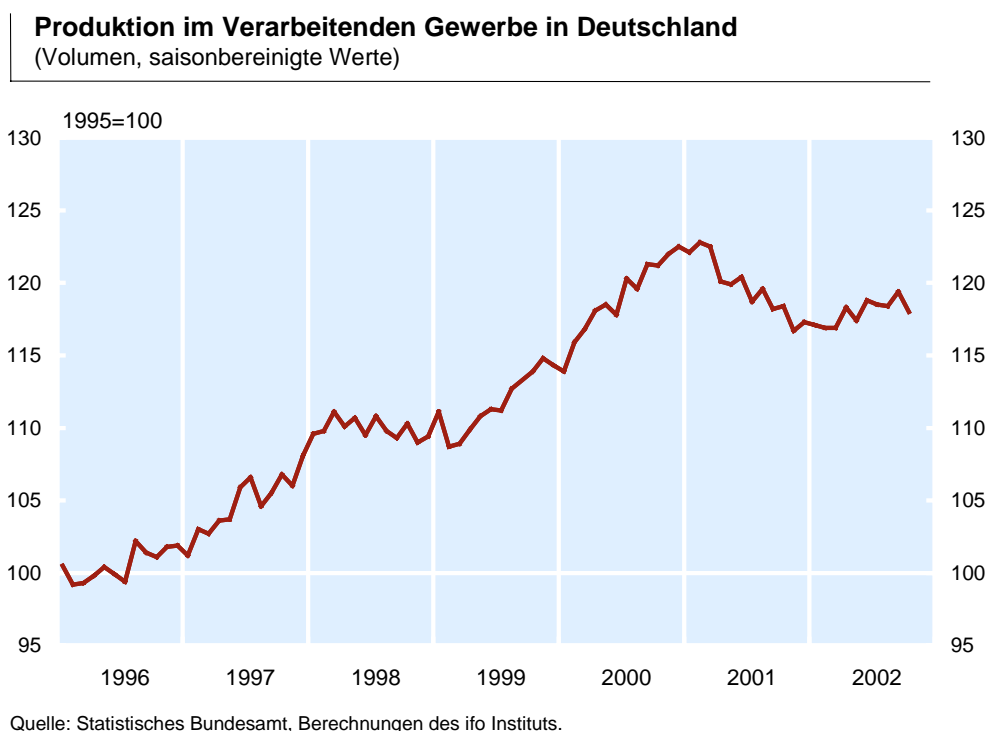
Abb. 8



Nach den Dezember-Ergebnissen des ifo Konjunkturtests hat sich das Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge eingetrübt. In der anhaltenden Verschlechterung spiegeln sich zwar auch die geopolitischen Unsicherheiten wider, und außerdem ist eine Korrektur des Optimismus der Unternehmen vom letzten Frühjahr zu

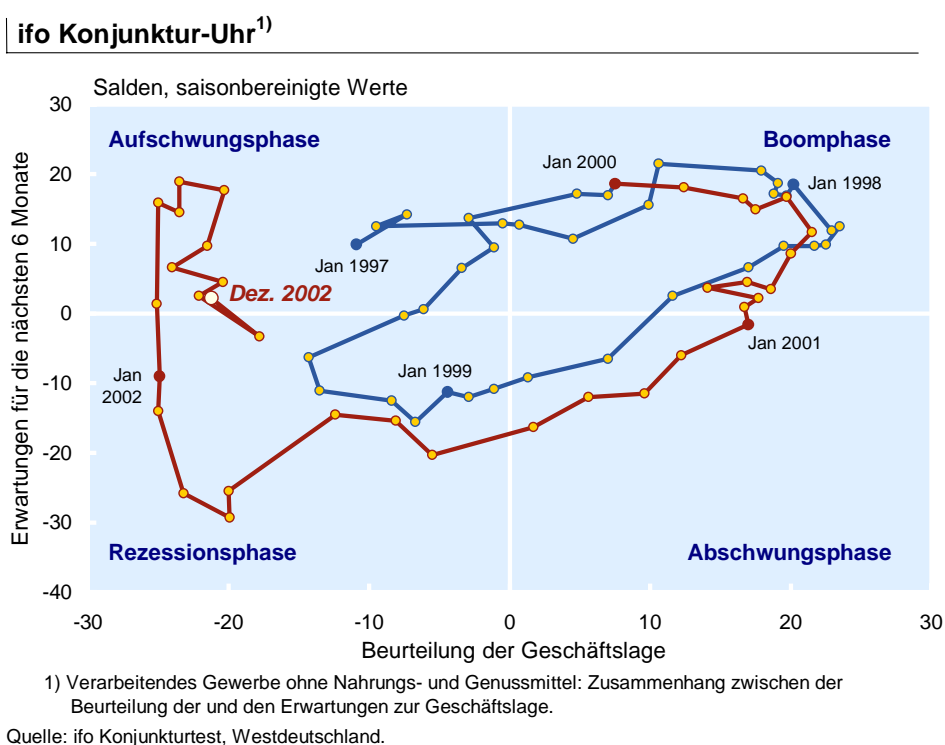
verzeichnen. Gleichwohl ist inzwischen aber zu konstatieren, dass die neue Bundesregierung durch die Ankündigung, Steuern und Sozialabgaben in großem Umfang zu erhöhen, das Wirtschaftsklima in Deutschland weiter verschlechtert hat. Das von der GfK erhobene Konsumklima ist im Oktober auf den niedrigen Stand vom Jahresanfang zurückgefallen.

Abb. 9



Bedenklich ist insbesondere, dass sich der Lageindikator deutlich verschlechtert hat. Während noch bei den letzten Befragung bei der Lage eine Stabilisierung zu erkennen war, ist nun gerade dieser Indikator wieder gefallen, und zwar recht deutlich (vgl. Abb. 10). Die geringfügige Verbesserung der Erwartungen war zu schwach, um die durch den Lageparameter verursachte erneute Senkung des Klimaindikatoren verhindern zu können. Ein Lichtblick ist allerdings in den sich kräftig verbessernden Exporterwartungen zu sehen.

Abb. 10



Auch angesichts dieser Erkenntnisse ist davon auszugehen, dass die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion im ersten Quartal 2003 nahezu zum Stillstand kommen wird. Maßgeblich für die Flaute ist der fiskalisch bedingte Kaufkraftentzug; die Finanzpolitik wirkt im Jahr 2003 aufgrund vielfältiger Sparmaßnahmen und Abgabenerhöhungen restriktiv. Auch dürfte das Hin und Her um die kräftige Erhöhung von Abgaben bei Investoren und Verbrauchern Attentismus ausgelöst haben, der nun zur Geltung kommt. Von der Entwicklung der Einkommen gehen voraussichtlich nur geringe Impulse aus. Günstig wirkt allerdings der Umstand, dass die Lohnerhöhung nach der dieser Prognose zugrundeliegenden Annahme im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt nur rund 2 ½ % betragen wird. Dies wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Form einer Stärkung der Nachfrage nach Investitionsgütern etwas erhöhen, wengleich der Konsum tendenziell gedämpft wird. Im weiteren Jahresverlauf ist mit dem allmählichen Abklingen der großen Unsicherheit nach und nach mit einer Belebung zu rechnen.

Kasten: Zu den Risiken einer Kreditklemme in Deutschland

Die Kreditfinanzierung inländischer Unternehmen und Selbständiger durch deutsche Banken hat sich seit Anfang 2001 deutlich abgeschwächt. Eine verhaltenere Kreditvergabe ist in Rezessionsphasen durchaus üblich. Unternehmen brauchen aufgrund der in dieser Konjunkturphase üblicherweise reduzierten Lagerhaltung und der schwächeren Investitionstätigkeit weniger Fremdmittel, die *Kreditnachfrage* sinkt. Gegenwärtig sind

allerdings Befürchtungen laut geworden, dass in Deutschland eine Kreditklemme wahrscheinlicher wird, in der schwächere Unternehmen Probleme haben, Kredite zu bekommen. Derartige *Angebotsprobleme* könnten den Aufschwung in Deutschland weiter verzögern oder sogar zum Kippen bringen.

Aus theoretischer Sicht sind Informationsprobleme zwischen Debitoren und Gläubigern ein wichtiger Grund für das Entstehen einer Kreditklemme (siehe z.B. Stiglitz und Weiss, 1981). Das wichtigste Informationsproblem für Gläubiger ist die Unsicherheit über das potentielle *Kreditausfallrisiko*. Debitoren sind hierüber selbst viel besser informiert, wodurch Informations-Asymmetrien zwischen Debitoren und Gläubigern entstehen. Diese können dazu führen, dass Geschäftsbanken bei der Kreditvergabe restriktiver als nötig vorgehen; die Funktionsfähigkeit des Kreditmarkts wäre dann gestört.

Aufgrund der erhöhten Unsicherheit in der Welt im Gefolge der Terroranschläge vom 11. September und des weltweiten Kurssturzes auf den Aktienmärkten dürften asymmetrische Informationsprobleme in letzter Zeit zugenommen haben. Dafür spricht der hohe Wertberichtigungsbedarf der deutschen Banken im Bereich der Firmenkredite; schon im abgelaufenen Jahr hatten die Unternehmensinsolvenzen um 14,3 % zugenommen (vgl. Deutsche Bundesbank, 2002). Auch institutionelle Änderungen der Rahmenbedingungen für Kredite wie die Neuregelung der Baseler Eigenkapitalrichtlinie (Basel-II), die voraussichtlich Ende 2006 in Kraft tritt, könnten dazu führen, dass Banken die Kreditvergabe (bereits jetzt) stärker als sonst üblich einschränken.

Vor allem kleinere Unternehmen, die nicht einen direkten Zugang zu den Kapitalmärkten und daher kein einfaches Substitut für Bankkredite haben, sind auf die Vermittlerrolle von Banken angewiesen. Zunehmende Informationsprobleme treffen daher hauptsächlich die mittelständischen Unternehmen. Großunternehmen können sich zusätzlich mit Industrieanleihen finanzieren. Tatsächlich lässt sich neuerdings eine starke Tendenz feststellen, dass große Unternehmen verstärkt Industrieobligationen ausgeben. Zwar ist das Volumen dieser Emissionen zu gering, als dass von daher eine substantielle Linderung einer möglichen Kreditklemme bewirkt werden könnte. Dieses Verhalten könnte für sich genommen als ein Indiz für eine mögliche Kreditklemme gewertet werden. Ein anderes Indiz ist darin zu sehen, dass bei einer Umfrage des ifo Instituts bei 1100 repräsentativen Unternehmen ein nicht zu vernachlässigender Teil der Befragten tatsächlich mitteilte, dass sich die Banken bei der Kreditvergabe als restriktiv erwiesen hätten (vgl. Russ 2002).

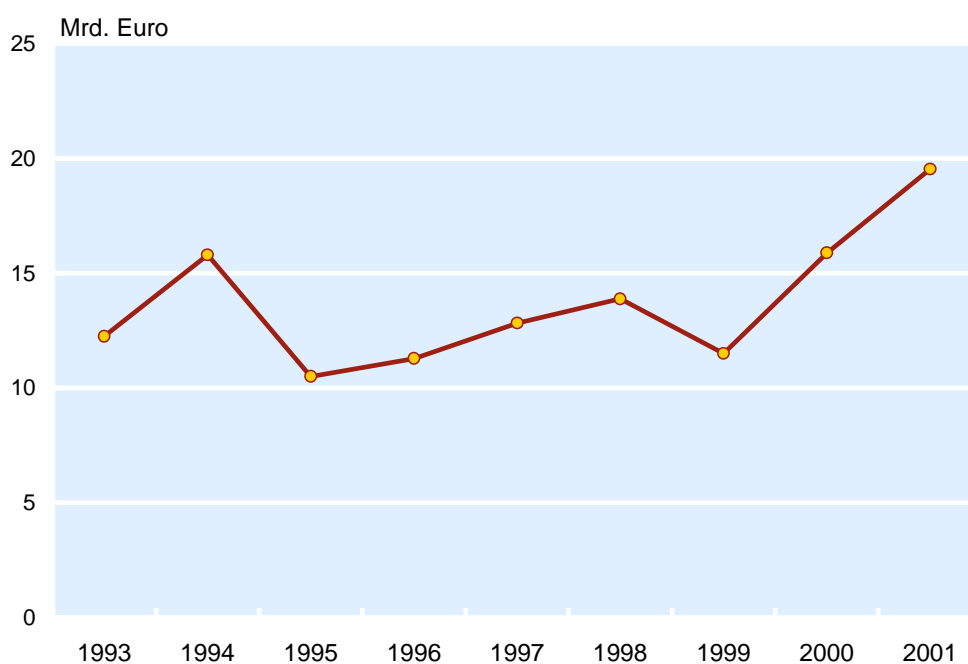
Die Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Deutschland zeigt inzwischen einen deutlich erhöhten Vorsorgeaufwand im Bankenbereich. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank (vgl. Deutsche Bundesbank 2002) wurde die Risikovorsorge der deutschen Banken im Kreditgeschäft¹ in den vergangenen beiden Jahren merklich ausgeweitet; im Jahr 2001 betrug sie insgesamt 19,5 Mrd. Euro (vgl. Abb. 11) Dies zeigt

¹ Saldo aus „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft“ und „Beträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft.“

deutlich, dass das deutsche Bankensystem (bzw. Kreditwesen) schon in den beiden Vorjahren deutlich höhere Ertragsbelastungen infolge von Kreditausfällen zu verkraften hatte. Diese Entwicklung dürfte sich im Laufe des Jahres 2002 weiter beschleunigt bzw. verschärft haben.

Abb. 11

Risikovorsorge der deutschen Banken



Quelle: Deutsche Bundesbank.

Primär wurde die Risikovorsorge im abgelaufenen Jahr bei den großen deutschen Kreditbanken und den Landesbanken erforderlich, die vorwiegend bei Großkunden bzw. in internationalen Geschäften engagiert sind. Die im Massengeschäft tätigen Sparkassen und Kreditgenossenschaften haben dagegen den Bewertungsaufwand vergleichsweise moderat aufgestockt (vgl. Deutsche Bundesbank 2002).

Der extrem starke Zuwachs der Risikovorsorge verringert die effektive Eigenkapitalquote der Banken¹ und zwingt diese zur Einschränkung ihres Kreditvolumens, wenn sie nicht eine Abstufung durch die Rating-Agenturen riskieren wollen. Insofern ist bei einer Fortsetzung dieser Entwicklung Anlass zu ernster Sorge bezüglich möglicher Rückwirkungen auf die Konjunkturlage angebracht. Es besteht die Gefahr, dass das Investitionsvolumen nicht nur nachfrageseitig, sondern auch angebotsseitig verringert wird. Bei den Großunternehmen ist dieser Effekt vermutlich schon heute vorhanden.

¹ Wegen der gleichzeitigen Umstellung der Rechnungslegungsvorschriften im Zuge der Anpassung an internationale Standards wird dieser Effekt zwar in den ausgewiesenen Bilanzen nur bedingt sichtbar, er ist aber für die Rating-Agenturen dennoch von Bedeutung.

Ungünstig hat sich in diesem Zusammenhang die Unternehmenssteuerreform des Jahres 2000 ausgewirkt. Diese Reform hat im Verein mit der sogenannten Gewinnverwendungsfiktion einen Anreiz ausgeübt, neue Gewinne auf dem Wege über alte Eigenkapitaltöpfe auszuschütten, weil auf diese Weise die faktische Ausschüttungsbelastung für diese Gewinne auf 10% bis 15% gesenkt werden konnte. Dieser nicht unbeträchtliche steuerliche Vorteil hat in den letzten beiden Jahren den Aktionären der Unternehmen erheblichen Nutzen gebracht, aber er hat wegen der Verstärkung der Ausschüttungsanreize leider auch eine tendenzielle Schwächung der Eigenkapitalbasis der Kapitalgesellschaften zur Folge gehabt. Im Jahr 2001, als die Gewinne bereits größtenteils eingebrochen waren und eine deutliche Reduktion der Dividendenzahlungen angebracht gewesen wäre, haben viele Unternehmen ihr Dividendenvolumen aufrechterhalten, denn zum Motiv der Kurspflege durch eine Glättung der Dividendenzahlungen trat der massive steuerliche Vorteil bei der Gewinnausschüttung hinzu. Viele Unternehmen, so auch Banken, sind aus diesem Grunde mit einer geschwächten Eigenkapitalbasis in das Jahr 2002 gegangen (vgl. Sinn 2002).

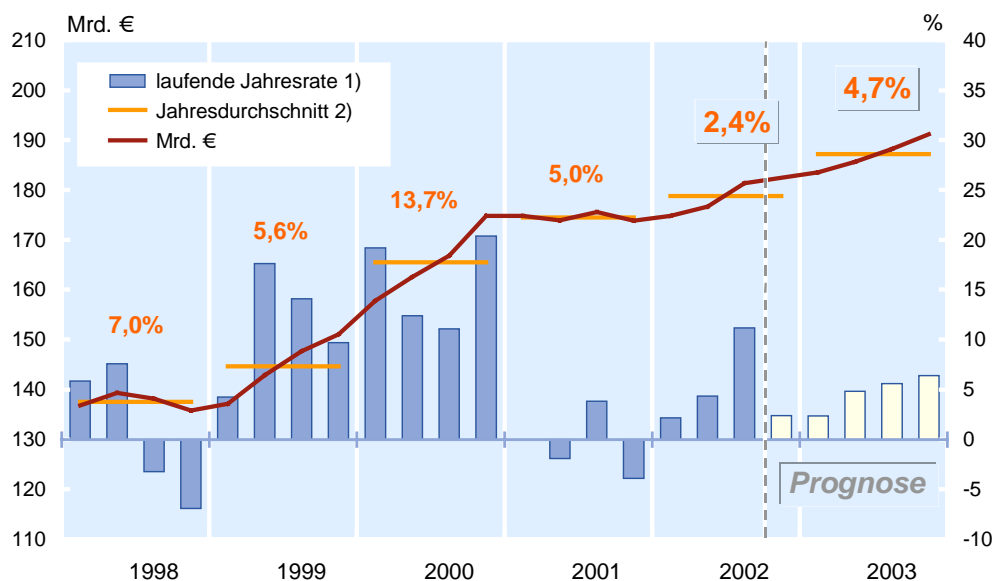
Exporte: Weiter aufwärtsgerichtet

Die Ausfuhr hat nach einem moderaten Anstieg im 1. Halbjahr im 3. Quartal deutlich zugelegt. Saisonbereinigt lagen die deutschen Warenausfuhren um 3,5 % über dem Vergleichsergebnis vom vorausgegangenen Vierteljahr. Maßgeblich hierfür waren in erster Linie die offenbar in diesem Quartal ausgeführten Aufträge aus früheren Bestellungen. Bisher steigt die Nachfrage auf den wichtigsten Absatzmärkten nur verhalten; deshalb dürfte es nicht gelingen, das vorgelegte Wachstumstempo beizubehalten. Alles in allem dürfte die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen im Jahr 2002 um 2,4 % steigen (vgl. Abb. 12).

Abb. 12

Reale Exporte

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dez. 2002).

Die Exporterwartungen der deutschen Industrie verbessern sich seit Oktober, nach einem deutlichen Rückgang in den Sommermonaten. Mit der allmählichen Erholung der Weltkonjunktur werden auch die deutschen Exporte im Jahr 2003 wieder zunehmen. Auch wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure weniger als im letzten Jahr verschlechtern. Positive Impulse auf die deutsche Ausfuhr gehen vor allem vom Euroraum und von den USA aus. Auch die Transformationsländer Mittel- und Osteuropas werden voraussichtlich weiterhinverstarkt Investitionsgüter aus Deutschland nachfragen. Im Jahresdurchschnitt 2003 werden daher die Exporte um reichlich 4 1/2 % zunehmen. Damit bleibt der Beitrag der Exporte zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum positiv (vgl. Tab. 1).

Tab. 1

**Wachstumsbeiträge der Verwendungskomponenten zum Bruttoinlandsprodukt in der Bundesrepublik Deutschland
in Preisen von 1995**

	2001			2002			2003		
	1.Hj	2.Hj	Jahr	1.Hj	2.Hj (s)	Jahr (s)	1.Hj (s)	2.Hj (s)	Jahr (s)
Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozentpunkten									
Private Konsumausgaben	0.9	0.8	0.9	-0.7	0.1	-0.3	0.3	0.6	0.5
Konsumausgaben des Staates	0.2	0.1	0.2	0.3	0.3	0.3	0.1	0.1	0.1
Anlageinvestitionen	-0.8	-1.6	-1.2	-1.7	-1.1	-1.4	-0.2	0.1	0.0
Ausrüstungen,sonstige Anlagen	0.1	-1.0	-0.5	-1.0	-0.5	-0.7	0.0	0.3	0.2
Bauten	-0.9	-0.6	-0.7	-0.7	-0.6	-0.7	-0.2	-0.1	-0.2
Vorratsveränderung	-0.4	-0.9	-0.6	-0.2	0.4	0.1	0.3	0.0	0.1
Inländische Verwendung	-0.1	-1.5	-0.8	-2.3	-0.3	-1.3	0.5	0.8	0.7
Außenbeitrag	1.1	1.7	1.4	1.8	1.1	1.5	0.2	0.5	0.4
Exporte	2.8	0.7	1.7	0.1	1.6	0.9	1.7	1.7	1.7
Importe	-1.7	1.0	-0.3	1.8	-0.5	0.6	-1.5	-1.1	-1.3
Bruttoinlandsprodukt (a)	1.0	0.2	0.6	-0.4	0.8	0.2	0.8	1.3	1.1

(s) Schätzungen des ifo Instituts.-a) Veränderung in % gegenüber Vorjahr. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts ergibt sich aus dem Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage und des Außenbeitrags. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

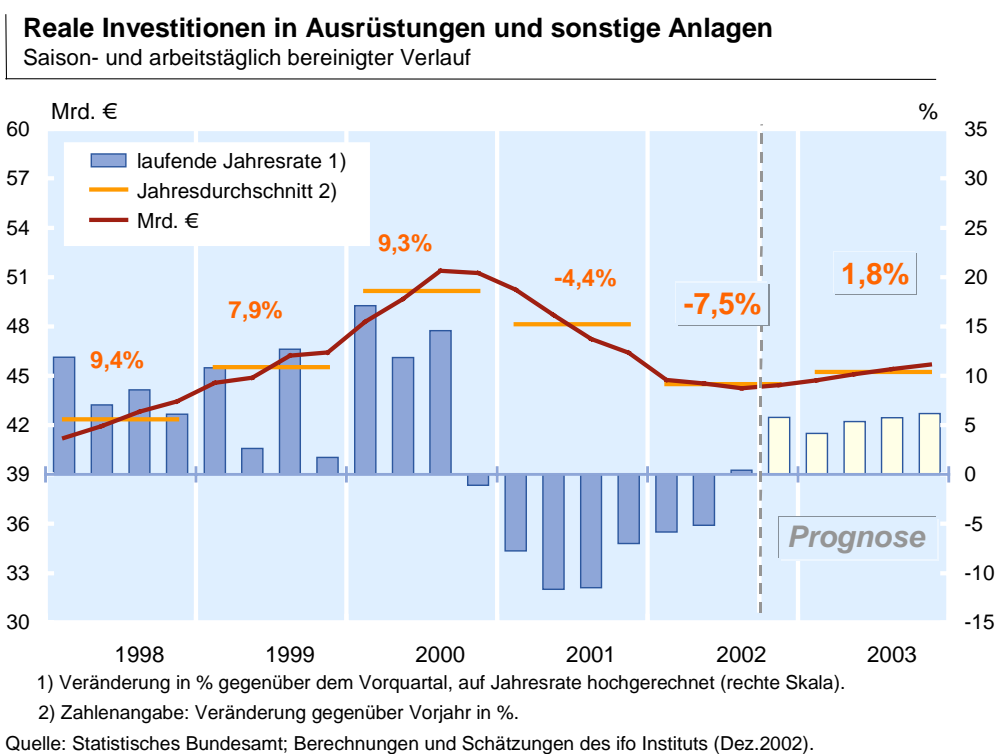
Die Importe haben im 3. Quartal ebenfalls deutlich zugenommen; im Jahresdurchschnitt dürften sie aufgrund der schwachen Entwicklung im ersten Halbjahr mit einer Rate von 1,9 % abnehmen. Mit einer wenn auch leichten Belebung der Binnenkonjunktur und anziehenden Exporten werden die Importe im nächsten Jahr allmählich wieder ansteigen. Es wird mit einer durchschnittlichen Jahresrate der realen Importe von etwa 4 % gerechnet.

Ausrüstungsinvestitionen: Talsohle ist erreicht

Die Ausrüstungsinvestitionen sind seit dem vierten Quartal 2000 kontinuierlich zurückgegangen, saisonbereinigt bis zum Herbst 2002 um fast 17 %. Die in diesem und im vergangenen Jahr zutage getretene Investitionsschwäche ist teilweise zyklisch bedingt. In den Jahren bis 2000 hatten viele Unternehmen unter dem Eindruck von steigenden Renditeerwartungen massiv investiert. Eine weitere Aufrechterhaltung dieses Investitionsniveaus hätte eine beschleunigt wachsende Nachfrage erfordert. Die konjunkturelle Abkühlung ab 2001 erzeugte Überkapazitäten, die erst abgebaut werden müssen, bevor die Investitionsbereitschaft wieder steigen kann. Der zyklisch bedingte Rückgang der Investitionsneigung wurde verstärkt durch die Strukturprobleme in Deutschland und die aus Sicht der Unternehmen falschen oder zu zögerlichen Maßnahmen der Regierung.

Im laufenden Jahr sind die Investitionen allerdings wesentlich stärker eingebrochen, als es die Wirtschaftsforschungsinstitute noch in ihrem Frühjahrgutachten vorausgesehen hatten. Damals war für das Jahr 2002 noch mit einer glimpflichen Schrumpfung der Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich sonstige Anlagen) von 1,5 % gerechnet worden. Heute ist davon auszugehen, dass die tatsächliche Schrumpfungsrates der Ausrüstungsinvestitionen bei 7,5 % liegen wird (vgl. Abb. 13). Diese Differenz zeigt, wie stark sich die konjunkturelle Problemlage gegenüber der Einschätzung vom Frühjahr inzwischen verschlechtert hat. Der Einbruch bei der inländischen Investitionsgüternachfrage ist einer der Hauptgründe für die Revision der für dieses Jahr erwarteten Wachstumsrate.

Abb. 13



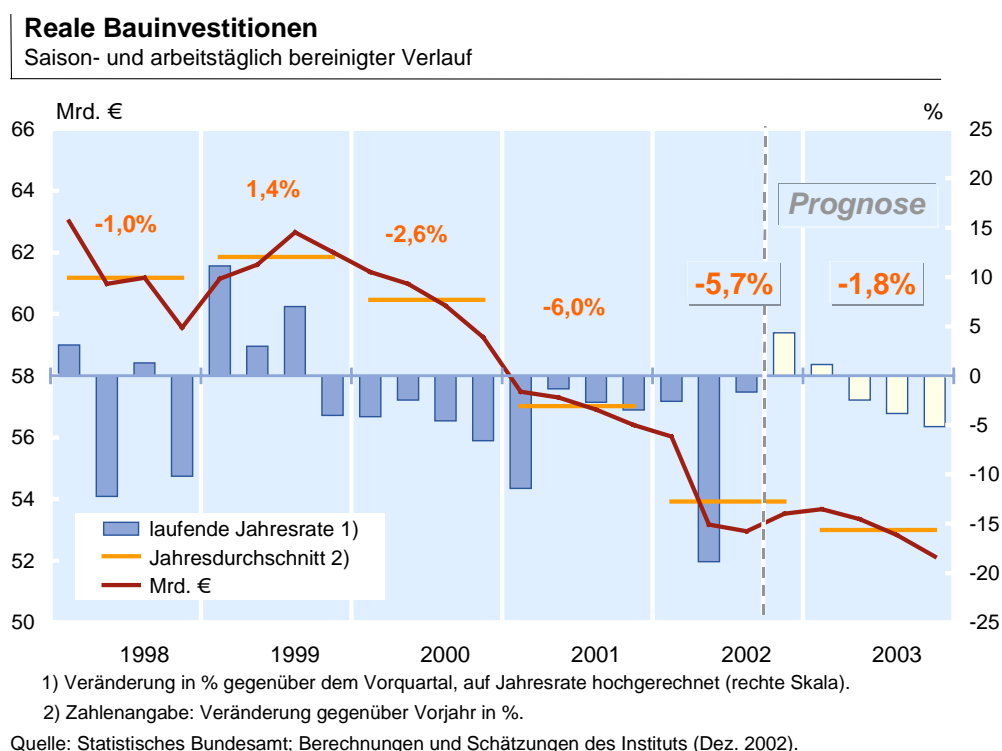
Mit einem weiterer Rückgang der Investitionstätigkeit in das kommende Jahr hinein ist aber nicht zu rechnen. Die gegenwärtig zu verzeichnende Belebung der Exportnachfrage und das anhaltende, wenn auch moderate, Wachstum des privaten Konsums lassen erwarten, dass zumindest die erforderlichen Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen nicht mehr länger zurückgestellt werden. Dafür spricht auch, dass der Auftragseingang aus dem Inland bei den Investitionsgüterproduzenten seinen Tiefpunkt durchschritten hat und in letzter Zeit wieder angestiegen ist sowie dass die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe im September wieder den langfristigen Durchschnitt erreicht

hat. Bei der Produktion von Investitionsgütern ist die konjunkturelle Grundtendenz zwar noch abwärtsgerichtet, doch lässt der zeitliche Nachlauf der Produktion hinter dem Auftragseingang für das nächste Quartal eine Belebung erwarten. Im Jahresdurchschnitt ist für das Jahr 2003 mit einem Anstieg der Ausrüstungen um real 1 % gegenüber dem Vorjahr zu rechnen, nach einem Rückgang um 9 % im laufenden Jahr. Bei den sonstigen Anlagen ist für das nächste Jahr ein Zuwachs um real 6 % zu erwarten, da bei Software-Erneuerungen kaum gespart werden kann.

Bauinvestitionen: Talfahrt setzt sich fort

Der Schrumpfungsprozess bei den Bauinvestitionen hat sich im Jahr 2002 fortgesetzt und wird auch im kommenden Jahr kein Ende finden (vgl. Abb. 14). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass das gegenwärtige Volumen der Bauinvestitionen immer noch zu einem realen Wertzuwachs des Bautenbestandes führt, die negativen Wachstumsraten der Investitionen bringen nur ein verlangsamtes Wachstumstempo des Bestandes zum Ausdruck.

Abb. 14



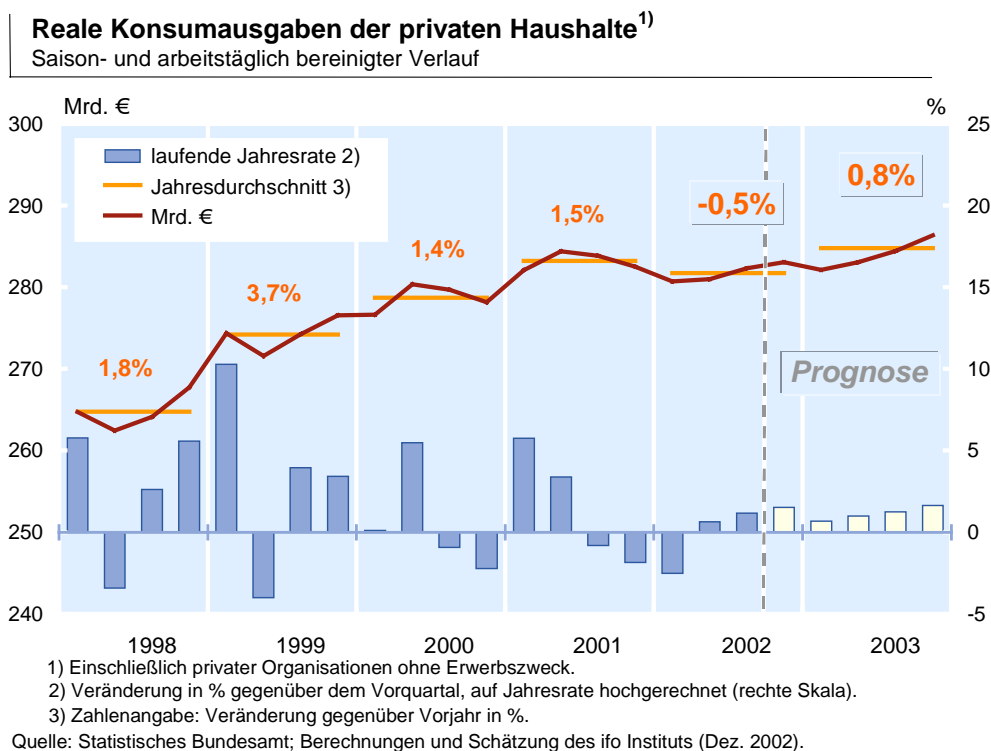
Angesichts der nach der Wiedervereinigung aufgebauten Kapazitäten und des gegenwärtig moderaten Einkommenswachstums sind geringer werdende Bestandszuwächse

nicht erstaunlich. Beim *Wohnungsbau* haben vor dem Hintergrund einer nahezu stagnierenden Bevölkerung inzwischen Modernisierungs- und Instandsetzungsvorhaben das Übergewicht erlangt. Im Bereich des *Wirtschaftsbaus* ließ die jüngste konjunkturelle Abschwächung auch in Westdeutschland wieder Überkapazitäten bei Büro- und Lagergebäuden entstehen, die erst abgebaut werden müssen, bevor an eine Belebung der Bautätigkeit zu denken ist. Der *öffentliche Bau* leidet unter den finanziellen Engpässen der Kommunen. Insgesamt ist für das Jahr 2003 mit einem Rückgang der realen Bauinvestitionen um nahezu 2 % zu rechnen nach einem Minus von fast 6 % in diesem Jahr.

Privater Konsum: Fiskalisch ausgebremst

Der private Konsum hat im gesamten Jahr 2002 enttäuscht. Maßgeblich hierfür war, dass zum ersten Mal seit 1992 die Kaufkraft der privaten Haushalte – gemessen am real verfügbaren Einkommen – abgenommen hat. Insbesondere die realen Gewinn- und Vermögenseinkommen waren im Gefolge der schwachen Konjunktur rückläufig, aber auch die Nettolöhne und -gehälter sind in realer Rechnung gesunken. Zudem ist die Sparquote leicht gestiegen; das Vorsorgesparen hat zugenommen. Alles in allem ist der private Konsum um 0,5 % gesunken (vgl. Abb. 15); ein aus konjunktureller Sicht ähnlich schlechtes Ergebnis wurde zuletzt im Jahr 1982 registriert.

Abb. 15



Im kommenden Jahr werden sich die Konsumperspektiven nur wenig aufhellen; im ersten Quartal ist wegen der stark steigenden Steuer- und Sozialabgabenbelastung erneut mit einem absoluten Rückgang der Konsumausgaben zu rechnen. In der gesetzlichen Krankenversicherung wird der Beitragssatz im Durchschnitt von 14,0 auf 14,3 % angehoben; in der Rentenversicherung von 19,1 auf 19,5 %. Hinzu kommt die deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze. Die Steuerprogression greift weiter voll, weil die zweite Stufe der Steuerreform 2000 wegen der Finanzierung der Flutschäden auf das Jahr 2004 verschoben worden ist. Kaufkraftdämpfend wirkt die massive Anhebung von indirekten Steuern.

Ab dem zweiten Vierteljahr dürfte sich die langsame Besserung auf dem Arbeitsmarkt allmählich positiv auf die Expansion der Arbeitseinkommen auswirken. Die monetären Sozialleistungen werden dagegen langsamer expandieren, weil die Anpassung der Altersrenten geringer sein wird und die Lohnersatzleistungen für Arbeitslose rückläufig sind. Dagegen werden die übrigen Primäreinkommen der privaten Haushalte aufgrund der anziehenden Konjunktur wieder deutlich steigen. Insgesamt werden die realen Konsumausgaben bei leicht sinkender Sparquote um 0,8 % zunehmen.

Preisniveau: Weiterhin nahezu stabil

Die Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe verlief in diesem Jahr alles in allem moderat. Trotz des beträchtlichen Preissprungs am Jahresanfang, der durch die Anhebung von indirekten Steuern und eine witterungsbedingte kräftige Verteuerung von saisonabhängigen Nahrungsmitteln verursacht worden war, stiegen die Lebenshaltungskosten im Jahresdurchschnitt 2002 nur um 1,3 %. Nicht höher war zuletzt auch die Kerninflationsrate, aus der u.a. der Einfluss der Preise von Energieträgern herausgerechnet ist (vgl. Tab. 2).¹ Die Einführung des Euro-Bargelds hat – wie vom ifo Institut erwartet worden war – keinen größeren Teuerungsschub mit sich gebracht. Zwar wurden die Preise im Dienstleistungssektor hier und da kräftig erhöht; der hiervon ausgehende Effekt auf den gesamten Verbraucherpreisindex war jedoch gering.

¹ Die Preise von Energieträgern (Kraftstoffe, Heizöl sowie Gas) und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.

Tab. 2

Preisindex für die Lebenshaltung^{a)}

	Wägungs- schema in Promille	1998	1999	2000	2001	2002
		Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr				
Kerninflation^{b)}	729.32	0.9	0.5	0.8	1.6	1.1
Übrige Lebenshaltung	270.68	1.0	0.9	5.0	4.6	1.2
davon:						
Saisonwaren	27.12	2.2	-0.7	-0.5	6.4	-2.2
Fische, Fischwaren	5.19	4.5	2.6	1.1	7.3	3.2
Obst	9.95	3.0	-3.3	-1.2	7.4	-2.6
Gemüse	11.98	0.3	0.0	-0.7	-0.3	-5.1
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	49.13	-5.6	6.4	22.9	3.8	3.8
Heizöl	5.87	-17.0	19.5	53.4	-6.0	-2.7
Kraftstoffe	32.30	-5.1	7.0	18.9	1.0	8.7
Gas	10.96	0.1	-2.2	16.3	21.4	-4.8
Güter mit administrierten Preisen	194.43	2.5	-0.3	1.2	4.6	0.9
darunter:						
Strom	25.84	1.3	3.9	-4.8	4.0	4.5
Umlagen für Fernwärme u.ä.	11.41	-2.4	-4.7	20.7	23.4	-8.2
Telefondienstleistungen	18.57	-1.3	-11.4	-4.9	-3.3	1.0
Beiträge zur Krankenversicherung	5.10	4.4	3.4	4.2	5.8	4.0
Kraftfahrzeugsteuer	6.42	9.1	6.7	2.3	29.8	0.0
Lebenshaltung insgesamt	1000.00	1.0	0.6	1.9	2.5	1.1
davon: ^{c)}						
Kerninflation	-	0.7	0.3	0.6	1.2	0.8
Übrige Lebenshaltung	-	0.3	0.2	1.4	1.3	0.3
Saisonwaren	-	0.1	0.0	0.0	0.2	-0.1
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	-	-0.3	0.3	1.2	0.2	0.2
Güter mit administrierten Preisen	-	0.5	0.0	0.2	0.9	0.2

a) Alle privaten Haushalte, 1995 = 100.

b) In der Abgrenzung des ifo Instituts.

c) Beiträge der Teilindizes zur Veränderung des Gesamtindex der Lebenshaltung in Prozentpunkten.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Im Prognosezeitraum dürfte sich an der insgesamt nur äußerst geringen Zunahme der Konsumentenpreise, die im Jahr 2002 zu verzeichnen war, nur wenig ändern. Die flauere Verbrauchskonjunktur eröffnet so gut wie keine Preiserhöhungsspielräume, auch schwächt sich mit der allmählich wieder anziehenden Konjunktur der Anstieg der Lohnstückkosten deutlich ab. Dämpfend wird zudem der in diese Prognose eingestellte etwas höhere Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar wirken. Die positive Preistendenz wird allerdings im Winter von neuerlichen Verbrauchsteueranhebungen kurzfristig überlagert: So tritt die fünfte Stufe der ökologischen Steuerreform in Kraft, und auch die Tabaksteuer wird erneut angehoben. Zudem wird Energie (Gas und Nachtstrom) stärker

besteuert. Zusammengenommen führen diese Maßnahmen zu einem zusätzlichen Anstieg des Preisniveaus um $\frac{1}{2}$ %. Außerdem steigen die Grundgebühren für einen Telefonanschluss der Telekom. Allerdings wird das Briefporto (um durchschnittlich 7,2 %) gesenkt. Schließlich wird ab April zeitlich gestaffelt für etliche Warengruppen und Dienstleistungen der bislang ermäßigte Mehrwertsteuersatz auf den vollen Satz von 16 % angehoben. Insgesamt wird das Verbraucherpreisniveau im Jahresdurchschnitt 2003 voraussichtlich erneut um 1,3 % höher sein.

Produktion: Nur geringes Wachstumstempo

Auch nach der Jahresmitte kam die gesamtwirtschaftliche Produktion nicht auf Touren. Der Anstieg vom zweiten zum dritten Vierteljahr 2002 betrug nur 1,1 % (Jahresrate). Die Wertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen stieg nur noch leicht, im Baugewerbe sank sie weiter (wenn auch verlangsamt), in den übrigen produzierenden Bereichen stagnierte sie nach einer deutlichen Ausweitung im ersten Halbjahr. Die von der Tendenz her steigenden Auftragseingänge in der Industrie – zuletzt sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland – und die Meldungen der am ifo Konjunkturtest teilnehmenden Firmen über die Geschäftslagebeurteilung lassen einen leichten Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im vierten Vierteljahr erwarten. Im Verlauf des Jahres dürfte die Wirtschaftsleistung lediglich um 0,9 % steigen, im Jahresdurchschnitt sogar nur um 0,2 %. Sehr ungünstig war die Konjunktur vor allem im Baugewerbe, hier dürfte die Wertschöpfung um $5\frac{1}{2}$ bis 6 % gesunken sein, und damit nahezu im gleichen Ausmaß wie 2001 (6,5 %), im Verarbeitenden Gewerbe war sie leicht rückläufig (etwa $-\frac{1}{4}$ %), während die Dienstleistungsbereiche leichte Zuwächse (im Durchschnitt $1\frac{1}{2}$ %) verbuchen konnten (vgl. Tab. 3).

Tab. 3

Entstehung des Bruttoinlandsprodukts nach Wirtschaftsbereichen

Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	2000	2001	2002 (s)	2003 (s)
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0.1	1.1	-1.3	0.7
Produzierendes Gewerbe	2.5	-0.9	-1.2	1.1
davon: Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	3.8	0.4	-0.2	1.7
Baugewerbe	-2.7	-6.5	-5.8	-2.0
Dienstleistungsbereiche	3.9	2.0	1.4	1.3
davon: Handel, Gastgewerbe und Verkehr	5.3	2.5	1.2	1.3
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	4.4	2.2	1.6	2.1
Öffentliche und private Dienstleister	1.8	1.1	1.2	0.1
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	3.4	1.1	0.6	1.3
Bruttoinlandsprodukt	2.9	0.6	0.2	1.1

(s) Schätzungen des ifo Instituts.

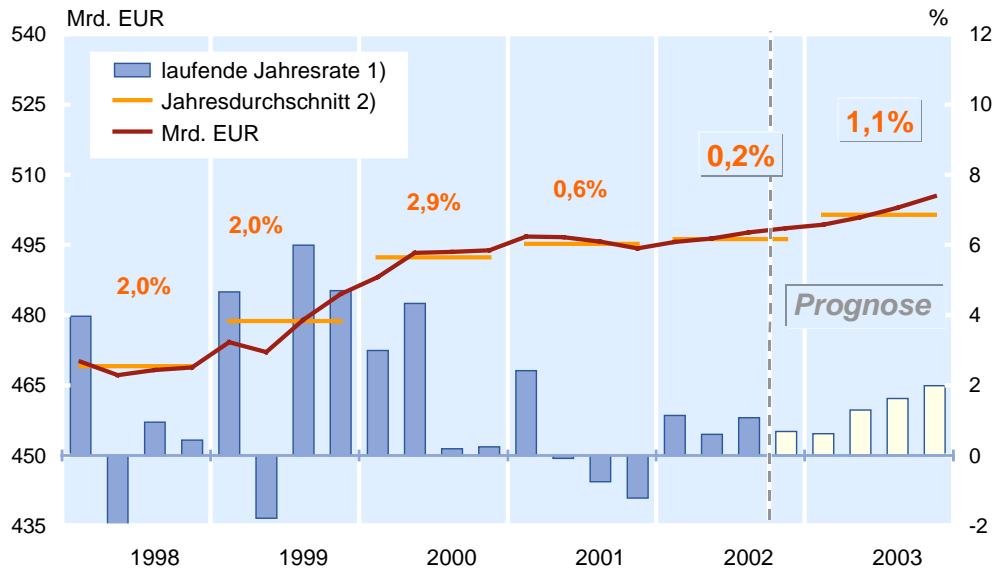
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Im kommenden Jahr dürfte die Konjunktur wegen der zusätzlichen fiskalischen Belastungen für Privathaushalte und Unternehmen zunächst noch sehr verhalten bleiben, und die Produktionstätigkeit wird erst ab dem Frühjahr allmählich stärker expandieren. Erneut wird die Nachfrage aus dem Ausland Motor der Entwicklung sein, wovon die Industrie besonders profitiert. Vor dem Hintergrund nur schwach zunehmender Einkommen der privaten Haushalte wird der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr nur wenig wachsen, und angesichts verstärkter Sparanstrengungen des Staates wird die Wertschöpfung der öffentlichen und privaten Dienstleister vermutlich stagnieren. Von der Beseitigung der Flutschäden wird das Baugewerbe zwar Impulse erhalten, die Abwärtstendenz kann dadurch aber nur vorübergehend überdeckt werden. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2003 um 1,1 % über dem Wert des Jahres 2002 liegen; im Jahresverlauf 2003 wird es um knapp 1 ½ % steigen (vgl. Abb. 16). Das Expansionstempo ist damit kaum höher als das Trendwachstum (ca. 1 ¼ %), also wird der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad im Jahresverlauf nur wenig steigen.

Abb. 16

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dez. 2002).

Arbeitsmarkt: Arbeitslosenquote steigt 2003 auf nahezu 10 Prozent

Im Sommerhalbjahr hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschärft. Die Erwerbstätigenzahl sank beschleunigt, die Zahl der Arbeitslosen stieg weiter. Besonders stark war der Beschäftigungsrückgang im Baugewerbe und den anderen produzierenden Wirtschaftsbereichen, auch bei den Dienstleistern stieg die Erwerbstätigenzahl zuletzt nicht mehr. Der Tiefpunkt der Arbeitsmarktentwicklung ist damit aber noch nicht erreicht. Angesichts einer zunächst nur langsam wachsenden Wirtschaft und einer sinkenden Anzahl offener Stellen wird die Erwerbstätigenzahl bis zur Jahresmitte 2003 noch sinken, wenn auch nicht mehr so rasch wie zuletzt.¹ Im Jahresdurchschnitt 2002 dürfte die Erwerbstätigenzahl um rund 230 000 (0,6 %) niedriger liegen als im Vorjahr, am Jahres-

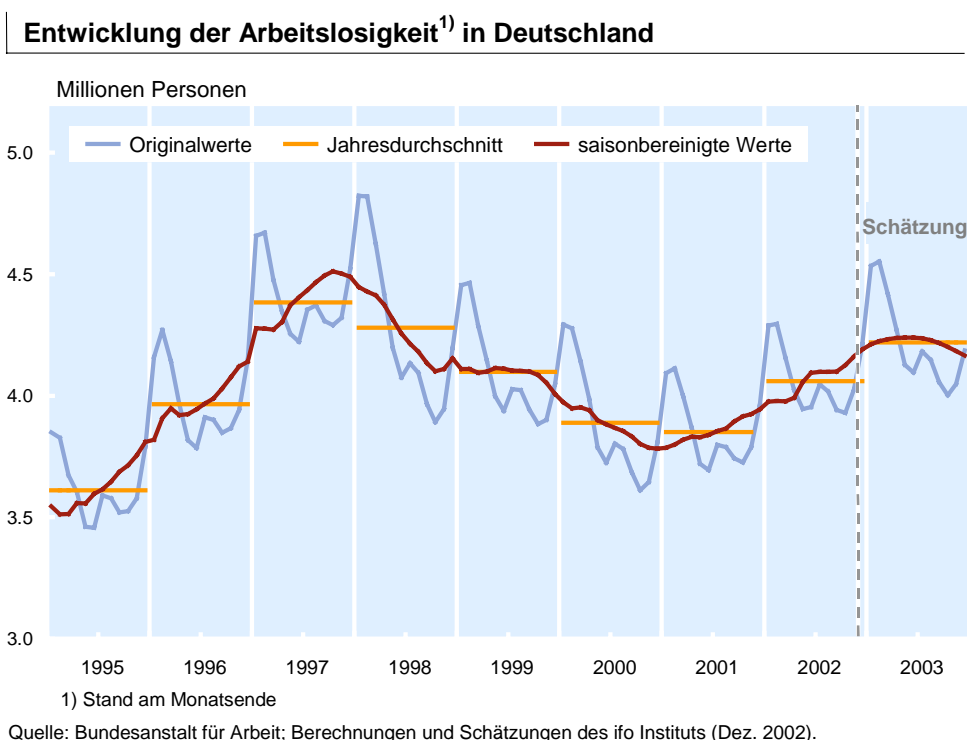
¹ Grundlage für die Schätzung sind die bis zum dritten Vierteljahr (nach Wirtschaftsbereichen) bzw. bis zum Monat September (für die Gesamtwirtschaft) vorliegenden Daten des Statistischen Bundesamtes. Auch wenn man berücksichtigt, dass zum aktuellen Rückgang die Verkürzung von Wehr- und Ersatzdienst ab Januar 2002 beigetragen hat, so bleibt festzustellen, dass das Ausmaß des Rückgangs im dritten Vierteljahr 2002 nicht zu erklären ist. Denn nach den zuletzt veröffentlichten Ergebnissen sank die Erwerbstätigenzahl in diesem Quartal so schnell wie 1992/1993, als es zum einen eine starke Rezession gab, zum anderen in den neuen Bundesländern im Zuge der Umstellung von der Plan- auf die Marktwirtschaft viele Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre werden die Erwerbstätigenzahlen bei späteren Neuberechnungen (wenn detailliertere Basiszahlen, z.B. zur geringfügigen Beschäftigung vorliegen) deutlich korrigiert, und zwar in der Regel nach oben.

ende dürfte sie den Vorjahreswert um 360 000 oder 1 % unterschritten haben. Das ist der erste Beschäftigungsrückgang seit 1997. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit in der zweiten Jahreshälfte 2003 dürfte nicht stärker sein als der Rückgang im ersten Halbjahr, so dass zum Jahresende 2003 etwa gleich viele Personen erwerbstätig sind wie ein Jahr zuvor. Für den Jahresdurchschnitt ist ein Beschäftigungsabbau nahezu in der gleichen Größenordnung wie 2002 zu erwarten (rund 210 000 Personen).

Die Arbeitslosenzahl ist im Jahresverlauf 2002 deutlich gestiegen, und zwar um insgesamt 250 000. Dabei erfolgte der Anstieg nicht kontinuierlich sondern in ausgeprägten Schüben: Während sowohl im ersten als auch im dritten Quartal die Arbeitslosenzahl im Großen und Ganzen stagnierte, stieg sie von Ende März bis Ende Juni um durchschnittlich 40 000 monatlich, von Ende September bis Ende Dezember um schätzungsweise rund 30 000 pro Monat. Eine Ursache dieser unsteten Entwicklung dürfte im Job-AQTIV-Gesetz liegen, das zum Jahresanfang in Kraft getreten ist. So gab es im ersten und im dritten Vierteljahr sehr viele Abmeldungen aus der Arbeitslosigkeit infolge von Nichterneuerung der Arbeitslosmeldung, wegen unzureichender Mitwirkung bei der Stellensuche oder wegen Inanspruchnahme vorruhestandsähnlicher Regelungen. Dagegen waren in den anderen Monaten zum Teil deutlich mehr „erneute Meldungen nach einem Meldeversäumnis“ zu verzeichnen. In den nächsten Monaten wird sich die Arbeitslosigkeit weitgehend spiegelbildlich zur Erwerbstätigkeit entwickeln und bis etwa Jahresmitte 2003 weiter steigen. Erst in den Sommermonaten könnte sich eine leichte Entspannung einstellen, wenn der Wirtschaftsaufschwung stärker geworden ist. Im Jahresdurchschnitt 2002 dürfte die Arbeitslosenzahl mit 4,06 Mill. um rund 200 000 höher sein als im Jahr 2001 (vgl. Abb. 17). Im Jahr 2003 wird sie, trotz des Rückgangs im späteren Jahresverlauf, jahresdurchschnittlich auf 4,22 Mill.¹ steigen und die Arbeitslosenquote – bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen – auf 9,9 %.

¹ Nach der derzeit üblichen Berechnungsmethode. Nach dem Koalitionsvertrag der Regierungsparteien ist eine international vergleichbare Arbeitsmarktstatistik vorgesehen. Das bedeutet eine andere Definition der Arbeitslosigkeit und führt zu einer erheblich niedrigeren Arbeitslosenzahl. So lag die EU-standardisierte Erwerbslosenquote für Deutschland im Jahr 2001 bei 7,7 %, die von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichte Arbeitslosenquote dagegen bei 9,4 %.

Abb. 17



Nennenswerte Effekte durch die Umsetzung der Vorschläge der „Hartz-Kommission“ sind hierbei nicht unterstellt. Zwar würden die Vorschläge der Kommission, wenn sie denn umgesetzt würden, die Arbeitslosigkeit in kurzer Frist beseitigen. Immerhin soll die Personal Service Agentur auf dem Wege der Subventionierung eine Absenkung der Lohnkosten der Unternehmen auf ein Drittel (!) herbeiführen (vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim BMWA 2002a, 2002b), wobei zugleich Arbeitsverhältnisse mit vollem Kündigungsschutz zur Verfügung gestellt werden. Doch wegen nicht beherrschbarer Mitnahmeeffekte und dadurch entstehender Kosten lassen sich die Vorschläge nicht realisieren. Die im Gesetzgebungsverfahren verbleibende Restmenge der Vorschläge, bei denen von der Subventionierung offenbar abgesehen wird, ist kein wesentlicher Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Diese Aussage gilt auch für die sogenannten Minijobs oder Niedriglohnjobs, auf deren Förderung sich Koalition und Opposition geeinigt zu haben scheinen. Die geplante Freistellung von staatlichen Abgaben beschränkt sich auf Einkommensbereiche, die deutlich unterhalb der Sozialhilfegrenzen liegen (beispielsweise ca. 1660 Euro pro Monat für ein Ehepaar mit zwei Kindern). Sie werden bei den Empfängern von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe voll und ganz durch die endogene Verringerung der Unterstützungszahlungen kompensiert und können deshalb bei diesen Personengruppen

keinerlei materielle Wirkung entfalten. Die zu erwartenden Beschäftigungseffekte beschränken sich ausschließlich auf die Mehrbeschäftigung von Schülern, Rentnern, mitarbeitenden Ehepartnern und ähnlichen Personengruppen, die keinen Anspruch auf solche Sozialleistungen haben, aber eben deshalb in aller Regel nicht zur Problemgruppe der Arbeitslosen gehören.

Einen wirklichen Beitrag zur Lösung des Arbeitslosenproblems bieten demgegenüber die Vorschläge für eine aktivierende Sozialhilfe, die übereinstimmend vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2002), vom Wissenschaftlichen Beirat beim BMWA (2002b) und vom ifo Institut (Sinn et al, 2002) unterbreitet wurden. Indes ist nicht absehbar, dass die Politik diese Vorschläge in naher Zukunft übernimmt.

Einnahmen und Ausgaben des Staates: Bei striktem Konsolidierungskurs sinkt das Defizit im Jahr 2003 unter die 3-Prozent-Marke

Im Jahr 2002 verfehlte Deutschland deutlich das Defizit-Kriterium für die Euro-Länder. Wegen der konjunkturellen Flaute waren die Einnahmen geringer als vorher geschätzt und gleichzeitig die Ausgaben höher. Insbesondere die Steuern blieben weit hinter den Ansätzen zurück, der Beschäftigungsrückgang sorgte aber auch dafür, dass die Sozialversicherungsbeiträge nicht an die Erwartungen herankamen. So dürften die Steuereinnahmen des Staates (in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) 2002 nur um 0,6 % gestiegen sein, die Sozialbeiträge um 1,4 %. Andererseits wurden die monetären Sozialleistungen kräftig ausgeweitet (4,5 %) und auch die sozialen Sachleistungen expandierten stark (3,4 %). Dies resultierte zum einen aus den zusätzlichen Aufwendungen für die höhere Arbeitslosigkeit und der Anhebung des Kindergelds, zum anderen aus den unvermindert steigenden Ausgaben im Gesundheitswesen. Insgesamt dürften die Staatseinnahmen nur um 0,7 % zugenommen haben, die Ausgaben dagegen um 2,5 %. Dabei profitierte der Staat 2002 vom höchsten Bundesbankgewinn seit 1994. Der gesamtstaatliche Budgetsaldo belief sich auf mehr als 75 Mrd. Euro oder 3,6 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts (vgl. Tab. 4).

Tab. 4

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

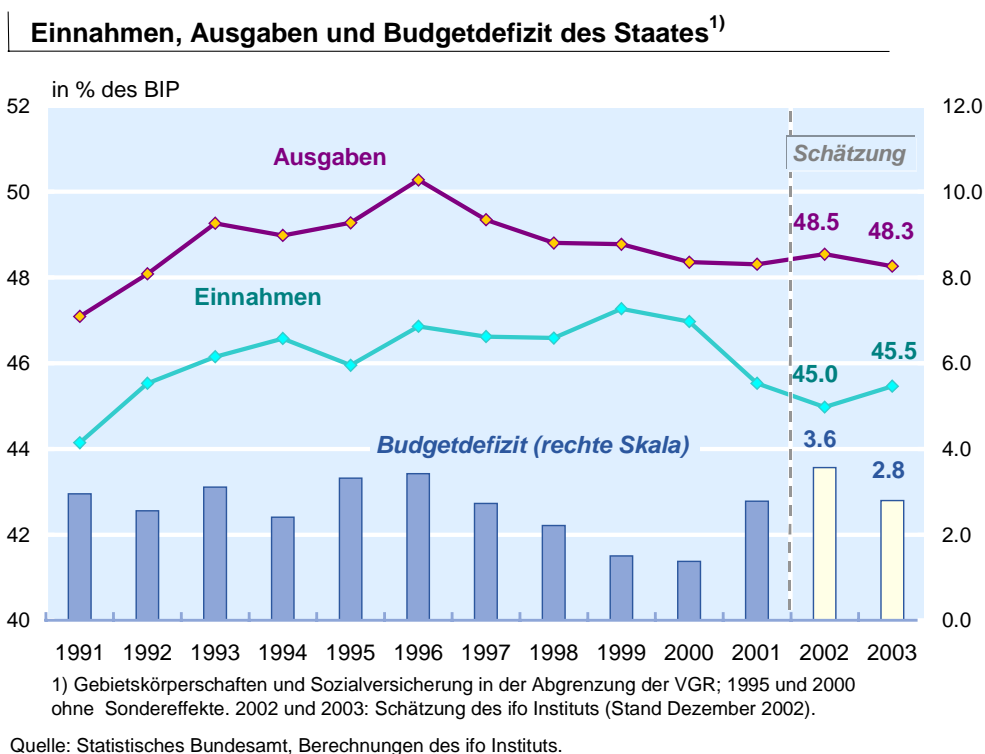
	2001	2002 (1)	2003 (1)
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^{a)}			
Private Konsumausgaben	1.5	-0.5	0.8
Konsumausgaben des Staates	0.8	1.6	0.6
Anlageinvestitionen	-5.3	-6.6	-0.2
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-4.4	-7.5	1.8
Bauten	-6.0	-5.7	-1.8
Letzte inländische Verwendung	-0.8	-1.3	0.7
Exporte	5.0	2.4	4.7
Importe	1.0	-1.9	4.2
Bruttoinlandsprodukt	0.6	0.2	1.1
Erwerbstätige ^{b)} (Mill. Personen)	38.917	38.689	38.476
Arbeitslose (Mill. Personen)	3.852	4.060	4.220
Arbeitslosenquote ^{c)} (in %)	9.0	9.5	9.9
Preisindex für die Lebenshaltung ^{d)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2.5	1.3	1.3
Lohnstückkosten ^{e)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1.5	1.1	0.9
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}			
- in Mrd. €	-57.5	-75.3	-60.4
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-2.8	-3.6	-2.8
nachrichtlich:			
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1.4	0.8	1.4
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^{g)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2.5	2.2	1.9
1) Prognose des ifo Instituts.- a) In Preisen von 1995.- b) Im Inland.- c) Anteil der Arbeitslosen an den inländischen Erwerbspersonen (Arbeitslose und Erwerbstätige).- d) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1995=100).- e) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen.- f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG'95).- g) Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU)			

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Die Perspektiven für 2003 sind etwas günstiger. Durch die Verschiebung der Steuerreformstufe auf das folgende Jahr und zahlreiche weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Steuereinnahmen¹ werden die Steuern voraussichtlich um 4,4 % steigen. Auch die Einnahmen der Sozialversicherungen werden deutlich zulegen. Hier sind verschiedene Änderungen zu berücksichtigen, so höhere Beitragssätze in der Rentenversicherung (0,4 Prozentpunkte) und in der gesetzlichen Krankenversicherung (im Durchschnitt 0,3 Prozentpunkte), die zusätzliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze um rund 10 % in der Renten- und in der Arbeitslosenversicherung und die Absenkung der Bemessungsgrundlage für die Krankenversicherungsbeiträge der Arbeitslosenhilfeempfänger. Insgesamt ist ein Anstieg der Sozialbeiträge um 3,2 % zu erwarten. Von den übrigen Einnahmen steigen die sonstigen laufenden Übertragungen kräftig, weil ab August 2003 eine Lkw-Maut auf den Autobahnen erhoben wird (ca. 1,3 Mrd. Euro) und die deutsche Post zur Rückzahlung von unrechtmäßig erhaltenen Staatshilfen (etwa 0,9 Mrd. Euro) verpflichtet wurde. Andererseits dürfte die Gewinnabführung der Bundesbank deutlich niedriger ausfallen. Alles in allem werden die staatlichen Einnahmen um 3,3 % steigen; die Einnahmenquote beträgt dann 45,5 % (vgl. Abb. 18).

¹ Hier wurde unterstellt, dass die im „Gesetzentwurf zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform“ erwarteten zusätzlichen Einnahmen von 1,4 Mrd. Euro ebenso realisiert werden, wie der Großteil der im „Gesetzentwurf zum Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen“ genannten 3,6 Mrd. Euro. Hier wurden lediglich die Mehreinnahmen durch die „Aufhebung der gewerbesteuerlichen Organschaft“ in Höhe von 0,2 Mrd. Euro nicht berücksichtigt, weil diese Maßnahme wegen der für 2004 ohnehin geplanten Gemeindefinanzreform inzwischen um ein Jahr verschoben wurde.

Abb. 18



Die Zunahme auf der Ausgabenseite wird deutlich kleiner sein, sowohl bei den Gebietskörperschaften als auch bei der Sozialversicherung. Zur Konsolidierung der Finanzlage wurde im Finanzplanungsrat für die Gebietskörperschaften ein Ausgabenpfad für die nächsten Jahre vereinbart. Nach diesem nationalen Stabilitätspakt sollen die Ausgaben des Bundes 2003 und 2004 um jeweils $\frac{1}{2}$ % sinken, die Ausgaben der Länder und Gemeinden um durchschnittlich nur 1 % pro Jahr steigen. Die Krankenversicherungen sollen durch eine Reihe von Einzelmaßnahmen (z.B. „Nullrunde für Ärzte und Krankenhäuser“) entlastet werden, durch die Umsetzung des Hartz-Konzepts soll die Bundesanstalt für Arbeit Mittel einsparen und 2003 ohne Bundeszuschuss auskommen.

Wegen der – nach der hier vorgelegten Prognose – im Jahresdurchschnitt wachsenden Arbeitslosenzahl und des zuletzt deutlich gestiegenen Anteils der Leistungsempfänger an den Arbeitslosen dürften die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit höher sein als im Haushaltsplan vorgesehen, so dass erneut ein Bundeszuschuss in der Größenordnung von 3 Mrd. Euro nötig würde. Andererseits wird die Rentenerhöhung 2003 spürbar geringer ausfallen als 2002, weil in die Berechnung des Anpassungssatzes erstmals ein Abschlag (in Höhe von 0,5 Prozentpunkten) für die freiwillige private Altersvorsorge eingeht. Außerdem werden die Ausgaben der Arbeitslosenhilfe wegen verstärkter An-

rechnung von Vermögen deutlich sinken. Insgesamt werden die monetären Sozialleistungen um 1,4 % ausgeweitet, die sozialen Sachleistungen um 2,1 %.

Von den anderen Ausgabenkategorien werden die Zinsen als Folge des 2002 stark gestiegenen Schuldenstandes deutlich steigen, die Arbeitnehmerentgelte hingegen stagnieren. Hierbei ist angenommen, dass die Bezüge der Beamten auf dem Stand von 2002 bleiben, die Verdienstanhebung für Arbeiter und Angestellte im Westen durchschnittlich 1 ½ % beträgt, wozu im Osten noch eine weitere Anpassungsstufe Richtung Westniveau kommen dürfte, und sich die Beschäftigtenzahl weiter vermindert. Wegen der Notwendigkeit, Infrastrukturschäden infolge der Hochwasserkatastrophe zu beheben, werden die öffentlichen Investitionen erstmals seit 1999 wieder leicht zulegen. Auch fallen Vermögenstransfers – mit schätzungsweise 3 ½ Mrd. Euro deutlich mehr als 2002 (1 Mrd. Euro) – aus dem Fonds „Aufbauhilfe“ an von der Flut betroffene Unternehmen und private Haushalte an. Insgesamt dürften die staatlichen Ausgaben um 1,6 % zunehmen, der Finanzierungssaldo auf 60 Mrd. Euro (2,8 % des Bruttoinlandsprodukts) zurückgehen. Der „Sicherheitsabstand“ zur 3-Prozent-Marke beträgt nur reichlich 4 Mrd. Euro, es besteht also die Gefahr, dass diese Grenze erneut überschritten wird, wenn der angestrebte Abbau von Steuervergünstigungen und die geplanten Einsparungen im Gesundheitswesen nicht realisiert werden können bzw. sich die Annahme über die Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst als unzutreffend erweist. Auch könnte sein, dass sich die Transfers an Flutopfer wegen Auszahlungsverzögerungen noch stärker auf das Jahr 2003 konzentrieren. Ganz zu schweigen von möglichen Mindereinnahmen und Mehrausgaben, falls es nicht zu dem unterstellten Konjunkturaufschwung kommt.

Literatur

Deutsche Bundesbank (2000), Taylor-Zins und Monetary Conditions Index, Monatsbericht, April, 1995.

Deutsche Bundesbank (2002), Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2001, Monatsbericht, September 2002.

Nierhaus, W. (2001) Zwei Indikatoren zur Beurteilung der Geldpolitik der EZB, ifo Schnelldienst, 5, 2001.

Russ, H. G. (2002), Kreditnachfrage schwach, aber auch Kreditvergabe restriktiver, ifo Schnelldienst, 21, 2002.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung (2002), 20 Punkte für Beschäftigung und Wachstum, Jahresgutachten 2002/2003.

Sinn, H.-W. (2002), Des Guten zu viel, ifo Standpunkt, 5. August 2002.

Sinn H.-W., M. Reutter (2000), Die Mindestinflationsrate für die Euro-Länder, ifo Schnelldienst, 35-36, 2000.

Sinn, H.-W., Chr. Holzner, W. Meister, W. Ochel, M. Werding (2002), Aktivierende Sozialhilfe, ifo Schnelldienst, 9, 2002.

Sinn, H.-W., F. Westermann (2002), The Euro, Eastern Europe and Black Markets: The Currency Hypothesis, Paper presented for the CESifo Venice Summer-Institute, 13-14 July 2002.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2002a), Brief an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit vom 25. Oktober 2002.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2002b), Die Hartz-Reformen – Ein Beitrag zur Lösung des Beschäftigungsproblems?

Anhang

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2002 und 2003

	2001 (1)	2002 (2)	2003 (2)	2002		2003 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	0.4	-0.6	-0.6	-0.3	-0.8	-0.9	-0.2
Arbeitszeit	-0.5	-0.5	-0.1	0.0	-0.9	0.0	-0.3
Arbeitstage 3)	-0.3	0.0	0.1	-0.7	0.7	-0.2	0.4
Arbeitsvolumen	-0.4	-1.1	-0.6	-1.1	-1.0	-1.1	-0.1
Produktivität 4)	1.0	1.3	1.7	0.7	1.9	1.9	1.4
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	0.6	0.2	1.1	-0.4	0.8	0.8	1.3

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1625.7	1646.3	1678.2	799.4	846.9	813.7	864.5
Private Konsumausgaben 5)	1232.2	1243.6	1270.7	606.6	637.0	618.2	652.6
Konsumausgaben des Staates	393.5	402.7	407.4	192.8	209.9	195.5	212.0
Anlageinvestitionen	416.3	390.3	390.8	188.0	202.3	186.4	204.4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	190.1	177.1	181.3	84.9	92.2	85.8	95.5
Bauten	226.2	213.2	209.5	103.1	110.1	100.7	108.8
Vorratsveränderungen 6)	-9.4	-7.4	-2.0	5.1	-12.5	9.0	-11.0
Inländische Verwendung	2032.6	2029.1	2067.0	992.4	1036.7	1009.1	1057.9
Außenbeitrag	38.6	82.6	90.8	41.5	41.1	45.2	45.7
Exporte	726.9	750.2	792.4	364.8	385.4	386.0	406.4
Importe	688.3	667.6	701.6	323.3	344.3	340.8	360.8
Bruttoinlandsprodukt	2071.2	2111.6	2157.8	1033.9	1077.7	1054.3	1103.5

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	3.0	1.3	1.9	0.9	1.6	1.8	2.1
Private Konsumausgaben 5)	3.5	0.9	2.2	0.4	1.4	1.9	2.4
Konsumausgaben des Staates	1.6	2.3	1.2	2.4	2.2	1.4	1.0
Anlageinvestitionen	-5.1	-6.3	0.1	-7.8	-4.8	-0.8	1.0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-4.3	-6.8	2.4	-9.7	-4.1	1.1	3.6
Bauten	-5.8	-5.8	-1.7	-6.2	-5.4	-2.4	-1.1
Inländische Verwendung	0.5	-0.2	1.9	-1.1	0.7	1.7	2.0
Exporte	6.1	3.2	5.6	0.3	6.1	5.8	5.5
Importe	1.6	-3.0	5.1	-7.0	1.1	5.4	4.8
Bruttoinlandsprodukt	2.0	2.0	2.2	1.5	2.4	2.0	2.4

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1514.2	1514.4	1526.1	742.4	772.0	747.2	779.0
Private Konsumausgaben 5)	1131.6	1125.6	1135.0	550.2	575.4	553.5	581.5
Konsumausgaben des Staates	382.6	388.8	391.2	192.2	196.6	193.7	197.5
Anlageinvestitionen	419.5	392.1	391.5	189.0	203.1	186.9	204.5
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	191.8	177.4	180.7	85.2	92.2	85.6	95.1
Bauten	227.7	214.6	210.8	103.7	110.9	101.3	109.5
Vorratsveränderungen 6)	-15.2	-13.0	-10.9	-1.1	-11.9	1.4	-12.3
Inländische Verwendung	1918.6	1893.5	1906.7	930.3	963.2	935.5	971.2
Außenbeitrag	62.2	91.4	99.1	46.8	44.6	49.2	49.9
Exporte	695.4	712.4	746.2	347.4	364.9	364.4	381.8
Importe	633.1	620.9	647.1	300.6	320.3	315.1	331.9
Bruttoinlandsprodukt	1980.8	1984.9	2005.8	977.1	1007.8	984.7	1021.1
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	1966.9	1976.5	1998.1	968.2	1008.3	979.7	1018.4

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1.3	0.0	0.8	-0.5	0.5	0.6	0.9
Private Konsumausgaben 5)	1.5	-0.5	0.8	-1.2	0.1	0.6	1.1
Konsumausgaben des Staates	0.8	1.6	0.6	1.5	1.8	0.7	0.5
Anlageinvestitionen	-5.3	-6.6	-0.2	-8.0	-5.1	-1.1	0.7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-4.4	-7.5	1.8	-10.2	-4.8	0.4	3.1
Bauten	-6.0	-5.7	-1.8	-6.1	-5.4	-2.3	-1.3
Inländische Verwendung	-0.8	-1.3	0.7	-2.3	-0.3	0.6	0.8
Exporte	5.0	2.4	4.7	0.2	4.7	4.9	4.6
Importe	1.0	-1.9	4.2	-5.5	1.6	4.8	3.6
Bruttoinlandsprodukt	0.6	0.2	1.1	-0.4	0.8	0.8	1.3
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	0.2	0.5	1.1	-0.6	1.6	1.2	1.0

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2001 (1)	2002 (2)	2003 (2)	2002		2003 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1.7	1.3	1.2	1.4	1.1	1.1	1.2
Private Konsumausgaben 5)	1.9	1.5	1.3	1.6	1.3	1.3	1.4
Konsumausgaben des Staates	0.8	0.7	0.6	1.0	0.5	0.6	0.5
Anlageinvestitionen	0.2	0.3	0.3	0.2	0.4	0.2	0.3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0.1	0.7	0.6	0.6	0.8	0.6	0.5
Bauten	0.2	0.0	0.0	-0.1	0.0	-0.1	0.2
Exporte	1.0	0.7	0.8	0.1	1.4	0.9	0.8
Importe	0.6	-1.1	0.8	-1.6	-0.5	0.5	1.1
Bruttoinlandsprodukt	1.4	1.7	1.1	1.9	1.6	1.2	1.1

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte	1582.8	1585.7	1624.3	776.0	809.6	792.5	831.8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	215.7	218.9	226.3	104.8	114.1	108.4	117.9
Bruttolöhne und -gehälter	904.6	915.3	928.5	430.6	484.7	437.4	491.1
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	462.4	451.5	469.4	240.7	210.8	246.7	222.8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	161.0	195.4	195.2	88.7	106.7	92.4	102.9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1743.7	1781.1	1819.5	864.7	916.3	884.9	934.6
Abschreibungen	312.1	320.5	328.7	159.4	161.1	163.4	165.3
Bruttonationaleinkommen	2055.8	2101.6	2148.2	1024.1	1077.4	1048.3	1099.9
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1531.2	1561.8	1588.7	759.2	802.6	770.4	818.3
Arbeitnehmerentgelte	1120.4	1134.2	1154.8	535.4	598.8	545.8	609.0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	410.9	427.7	433.8	223.9	203.8	224.6	209.3

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	2.9	0.2	2.4	-0.4	0.8	2.1	2.7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1.1	1.5	3.4	1.0	2.0	3.5	3.3
Bruttolöhne und -gehälter	2.2	1.2	1.4	1.1	1.2	1.6	1.3
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1.9	1.9	2.1	1.6	2.2	2.7	1.7
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3.3	1.5	1.0	1.3	1.7	1.7	0.4
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	5.4	-2.4	4.0	-3.6	-1.0	2.5	5.7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-11.1	21.4	-0.1	14.3	28.0	4.1	-3.6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1.5	2.1	2.2	0.9	3.3	2.3	2.0
Abschreibungen	3.2	2.7	2.6	2.9	2.5	2.5	2.6
Bruttonationaleinkommen	1.7	2.2	2.2	1.2	3.2	2.4	2.1
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1.5	2.0	1.7	1.3	2.7	1.5	2.0
Arbeitnehmerentgelte	1.9	1.2	1.8	1.1	1.4	2.0	1.7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	0.2	4.1	1.4	1.7	6.9	0.3	2.7

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	940.2	961.8	969.2	460.7	501.1	466.3	502.9
Nettolöhne und -gehälter	593.1	597.7	599.8	279.6	318.1	281.4	318.3
Monetäre Sozialleistungen	418.5	437.2	443.6	217.0	220.2	221.7	221.9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	71.4	73.2	74.2	35.9	37.2	36.9	37.3
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	462.4	451.5	469.4	240.7	210.8	246.7	222.8
Sonstige Transfers (Saldo)	-46.7	-42.4	-40.5	-21.3	-21.1	-21.1	-19.4
Verfügbares Einkommen	1355.9	1370.9	1398.0	680.1	690.8	691.8	706.2
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	14.3	14.9	16.0	6.9	8.0	7.5	8.5
Private Konsumausgaben 5)	1232.2	1243.6	1270.7	606.6	637.0	618.2	652.6
Sparen	138.1	142.2	143.3	80.4	61.8	81.1	62.2
Sparquote 7)	10.1	10.3	10.1	11.7	8.8	11.6	8.7

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	3.1	2.3	0.8	2.3	2.2	1.2	0.4
Nettolöhne und -gehälter	3.5	0.8	0.3	0.9	0.7	0.7	0.1
Monetäre Sozialleistungen	2.3	4.5	1.5	4.1	4.8	2.2	0.8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2.7	2.5	1.5	1.4	3.6	2.8	0.2
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	5.4	-2.4	4.0	-3.6	-1.0	2.5	5.7
Verfügbares Einkommen	3.8	1.1	2.0	0.7	1.5	1.7	2.2
Private Konsumausgaben 5)	3.5	0.9	2.2	0.4	1.4	1.9	2.4
Sparen	6.7	3.0	0.8	2.5	3.6	0.9	0.5

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2001 (1)	2002 (2)	2003 (2)	2002		2003 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates
a) Mrd. EUR

Einnahmen							
Steuern	476.3	479.0	500.1	227.0	252.0	240.8	259.3
Sozialbeiträge	383.6	388.8	401.1	187.1	201.7	193.6	207.5
Vermögenseinkünfte	18.9	19.4	16.5	13.2	6.1	10.6	5.9
Sonstige Übertragungen	14.3	14.3	15.6	6.5	7.8	7.2	8.4
Vermögensübertragungen	8.4	7.7	7.6	3.9	3.8	3.8	3.8
Verkäufe	40.7	39.9	39.4	18.8	21.2	18.5	20.9
Sonstige Subventionen	0.9	0.8	0.7	0.4	0.4	0.3	0.4
Einnahmen insgesamt	943.0	949.8	981.0	456.8	493.0	474.9	506.2
Ausgaben							
Vorleistungen	81.6	83.8	84.4	38.7	45.1	39.3	45.2
Arbeitnehmerentgelte	164.9	165.7	165.7	77.7	88.0	77.7	88.0
Sonstige Produktionsabgaben	0.1	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	67.8	69.4	71.8	34.4	35.0	35.5	36.3
Subventionen	33.8	31.4	30.5	14.4	16.9	14.1	16.4
Monetäre Sozialleistungen	390.5	407.9	413.5	202.4	205.5	206.8	206.8
Soziale Sachleistungen	157.7	163.1	166.6	80.1	83.0	81.9	84.7
Sonstige Transfers	33.9	35.4	36.6	15.9	19.5	17.1	19.6
Vermögenstransfers	35.8	35.5	39.2	17.1	18.3	21.8	17.4
Bruttoinvestitionen	35.8	34.3	34.4	14.9	19.4	15.1	19.3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern 8)	-1.3	-1.3	-1.3	-0.6	-0.7	-0.6	-0.7
Ausgaben insgesamt	1000.5	1025.1	1041.4	495.1	530.0	508.6	532.8
Finanzierungssaldo	-57.5	-75.3	-60.4	-38.2	-37.0	-33.7	-26.7

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	-4.4	0.6	4.4	-3.9	4.9	6.1	2.9
Sozialbeiträge	1.3	1.4	3.2	1.0	1.7	3.5	2.9
Vermögenseinkünfte	43.6	2.4	-14.9	7.1	-6.6	-19.9	-4.1
Sonstige Übertragungen	5.5	-0.1	9.3	-3.3	2.8	9.8	8.9
Vermögensübertragungen	2.7	-8.4	-1.6	-13.7	-2.3	-2.3	-0.8
Verkäufe	-0.1	-1.8	-1.2	-2.0	-1.7	-1.2	-1.2
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt	-1.1	0.7	3.3	-1.7	3.1	3.9	2.7
Ausgaben							
Vorleistungen	4.0	2.7	0.7	1.9	3.4	1.4	0.2
Arbeitnehmerentgelt	-0.4	0.5	0.0	1.1	0.0	0.1	-0.1
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-0.5	2.2	3.5	2.0	2.4	3.3	3.7
Subventionen	-3.8	-7.3	-2.8	-7.9	-6.8	-2.4	-3.2
Monetäre Sozialleistungen	2.6	4.5	1.4	4.1	4.8	2.1	0.6
Soziale Sachleistungen	2.3	3.4	2.1	3.4	3.4	2.2	2.0
Sonstige Transfers	-2.0	4.3	3.6	-2.3	10.3	7.3	0.6
Vermögenstransfers	19.8	-0.9	10.4	2.8	-4.2	27.1	-5.2
Bruttoinvestitionen	-1.6	-4.1	0.4	-4.5	-3.8	1.1	-0.2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	7.5	2.5	1.6	2.3	2.6	2.7	0.5
nachrichtlich:							
Finanzierungssaldo in % des BIP	-2.8	-3.6	-2.8	-3.7	-3.4	-3.2	-2.4

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen).

2) Prognose des ifo Instituts.

3) Veränderung der Arbeitstage voll berücksichtigt.

4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.

5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).

8) Im Jahr 2000 einschließlich der auf der Ausgabenseite als Nettozugang gebuchten Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen in Höhe von 50.81 Mrd. EUR.